

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Winfel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e.V., Wn.-Charlottenburg

Erfolgt wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 Mk. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Schrift, Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf 1 Zeile mit 1.20 Mk.

Nr. 16. Berlin, 18. April 1930. 11. Jahrg.

Magistrat Ebing
Ein: 19 APR. 1930

Hansa-Tagung des Deutschen Ostbundes.

Vandestagung in Hamburg vom 22.—25. August. — Gedenkfeier am Grabe Bismarcks in Friedrichsruh.

Die diesjährige außerordentliche Vandestagung des Deutschen Ostbundes findet vom 22. bis 25. August in Hamburg-Friedrichsruh-Cuxhaven statt und verspricht ungewöhnlich eindrucksvoll zu werden. Verbunden mit ihr ist die Wiederkehrfeier der im vorigen Jahre in Berlin gegründeten Scipionoten-Vereinigung, zu deren Gründungsfeier in Berlin am 20. Oktober v. J. sich Tausende von in Scipionoten interessiert gemessenen Deutschen mit ihren Angehörigen eingefunden hatten.

Die Verhandlungen beginnen bereits am Freitag mit einer Preisfestagung, einer Sonderversammlung abend- und frühzeitig mit Mitgliedern des Wiederbaubund-Bereichs, die die Signifikationsfähigkeit der Wasserkaute umloft, zur Erörterung der Aufzuchtungsfrage, einem Freuenempfang und einer Begrüßungsfeier für die Ostbundesmitglieder und Scipionoten am Abend.

Am Sonnabend findet eine Rundfahrt durch den Hamburger Welthafen mit anschließender Götterheiligtum statt, nachmittags Besuch des weltberühmten Hagenbeck'schen Tierparks in Stellingen, Mitgliederversammlung des Ostbundes auf dem am besten eingerichteten Ozean-Passagier-Dampfer mit Empfang durch die Hamburg-Amerika-Linie und Vorträgen hervorragender Persönlichkeiten. Es folgt ein Ostdeutscher Heimat- und Festabend mit Feiernreihe der Ortsgruppen Hamburg.

Am Sonntag ist gemeinschaftlicher Kirchgang der Scipionoten zur Teilnahme an den Hauptgottesdiensten in der evangelischen und in der katholischen Kirche (im Großen und im Kleinen Michael) mit nachfolgender Wiederkehrfeier der Scipionoten. Um 11 Uhr beginnt in der Aula der Universität eine große öffentliche ostmärkische Kundgebung. Ihr folgt gemeinschaftliches Mittagessen, worauf um 3 Uhr die Weltfahrt nach Friedrichsruh zum Grabe Bismarcks angetreten wird. Das Bundesbanner und sämtliche Fahnen, Banner und Wimpel des Deutschen Ostbundes beteiligen sich an dieser Ehrung der Wäna Bismarcks, deren Mittelpunkt eine bedeutsame Ansprache bilden wird. — Am Montag folgt ein Dampferausflug nach Cuxhaven mit Rundgebung dorthin.

Alles Nähere ist den Ortsgruppen bereits durch Rundschreiben mitgeteilt worden. Wie bisher noch jede auswärtige Tagung des Ostbundes die jüngsten Bundesversammlungen über-

troffen hat, so dürfte auch die Tagung in Hamburg-Friedrichsruh-Cuxhaven alle bisherigen Veranstaltungen des Ostbundes in den Schatten stellen. Die Veranstaltungen in Hamburg werden an Eigenartigkeit und Großartigkeit einzig dastehen. Die Beteiligung an der Feier am Grabe Bismarcks aber wird für jeden eine der wertvollsten Erinnerungen für das ganze Leben darstellen.

Zum erstenmal wird das Bundesbanner an der Wasserkaute aufgestellt. Es ist Ehrensache aller Ostbundesmitglieder, die es irgend ermöglichen können, an den gewaltigen Ostbundesfesten in Hamburg-Friedrichsruh-Cuxhaven teilzunehmen. Für jeden Einzelnen wird die Teilnahme ein großes Erlebnis sein. Zur Vertilgung der Kosten werden Gesellschaftskarten ein- gerichtet. Alles Nähere über die Kosten ist von den Ortsgruppen zu erfahren.

Deutsche Ostmärker, entschließt Euch schon heute zur Teilnahme und reiset in Massen in Hamburg und bei der Feier am Grabe Bismarcks, des Mannes, der wie keiner des Ostens sich um die Schicksale des Ostens vorhergesehen und zur Abwendung der vom Osten drohenden Gefahren ewig gültige Worte gesprochen hat!

Panzerkreuzer B.

Die Panzerkreuzerfrage ist پیشتر wieder akut geworden. Im Reichsrat ist am 15. April ein Antrag des bekannten Vertreters Ostpreußens, von Gayl, auf Einlösung von 2,9 Millionen Mark als erste Baarrate für das Panzerschiff B angenommen worden. Diese Summe soll ausreichen, um die Schicksale des Ostens vorhergesehen und zur Abwendung der ersten Bauaufträge zu erledigen. Reichminister Groener hat in der Kabinetsitzung am 16. 4. erklärt, er wolle versuchen, im Ministerrat an anderer Stelle diese Summe einzufinden. Er daß eine Mehrbelastung nicht eintreten würde. Unter diesen Umständen wird das Kabinett wohl gegen die erste Baarrate für einen Panzerkreuzer B nichts einzuwenden haben. Unter dem Reichskanzler Müller war abichtlich davon abgesehen worden, diese Baarrate in den Etat einzustellen, um einen neuen Streit über die Erbauung von Panzerkreuzern, die hauptsächlich auch zum Schutz der Küste Ostpreußens vorhanden sein sollen, zu vermeiden. Das Kabinett Erlaubnis hat sich beheimlichend erschlossen, den Etat zu vergrößern, den das Kabinett Müller-Trauten aufgestellt hatte. Deshalb wird es immer- jeits in dieser Sache kaum etwas tun, sondern sich höchstens dem Antrage des Reichsrats lapidar gegenüberstellen.



Reichsgerichtsrat i. R. Ernst Otto Conrad f.

(Zeit siehe Seite 20.)

Annahme der Agrar- und Steuerreformgesetze.

Knappe Mehrheiten für das Kabinett Brüning.

Die Abstimmungen in der zweiten und dritten Lesung der Steuer- und Agrarreformgesetze, die am 12. und 14. April im Reichstage stattfanden, folgten sich unter Spannung aller Anwesenden, wie das seit vielen Jahren im Reichstage nicht mehr dagewesen ist. Niemand konnte mit Sicherheit voraussagen, ob die Abstimmungen mit einem energiegelichten Siege der Regierung enden würden, da die Stimmung gegenüber den einzelnen Steuererlagen bei den einzelnen Parteien sehr verschieden war. Der Reichskammer in einer letzten kurzen Rede vor der Abstimmung aber noch einmal klipp und klar erklärt hatte, daß alle vorgelegten Steuererträge auf der Grundlage des Kompromisses mit den Regierungsparteien angenommen werden müßten, ebenso wie die Agrarreform, wenn die Regierung sich nicht genötigt sehen sollte, den Reichstag aufzulösen. Die allgemeine Spannung war natürlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es eben um den Reichstag nicht unmittelbar vor einer Reichstagsauflösung lände über nicht.

Bei der Abstimmung in der zweiten Lesung am Sonnabend erlangte die Regierung eine knappe Mehrheit. Die Cakaksteuer ging nur mit 9 Stimmen Mehrheit durch. Alle übrigen Steuererlagen erhielten eine etwas größere Mehrheit. Die Agrarreform war ebenfalls in die übrigen Zoll- und Steuererlagen, so hinreichend verteilt worden, daß der Gesamtlohn eine fast einstimmige Zustimmung eingefügt war, monoch die Beschlüsse über die übrigen Zölle und Steuern nur Geltung haben sollten, wenn zugleich auch die Agrarreform bewilligt würde. Durch diesen faktischen Schachzug waren die rechtsstehenden Parteien, die die Agrarreform bewilligt haben wollten, genötigt, auch für die übrigen Steuern zu stimmen, wenn sie die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle und Preise nicht gefährden wollten. Der Sieg war der, daß bei der letzten über entscheidenden Abstimmung 218 Abgeordnete mit Ja und 206 mit Nein stimmten, so daß eine Mehrheit von 12 Stimmen vorhanden war. Wegen den Sechseparatographen stimmten gebildeten Kommunisten, Sozialdemokraten und Rationalsozialisten. Von der deutschnationalen Fraktion stimmten gegen den Reichstag 23 Abgeordnete, und zwar: Adam, Naun, Bernst, Bortensperger, Coerling, Freytag-Virringhausen, Goltz, Graf, Haenemeyer, Koenig, Cramer, Kretzschmar, Kron, Müller, Offried, Oberhofen, Quanz, Rieberg, Schmidt-Hannover, Seib, Spahn, Steiniger, Stubbenorth, von Ullow, Wienack. Dafür stimmten 31 Abgeordnete, und zwar: Bachmann, Bajtelle, Dingler, Domsch, Erdinger, Fromm, Gerns, Hoop, Hampe, Hornmann, Scholter, Hameler, Jandrey, Leopold, Lettow-Vorbeck, Lind, Manzel, Obler, Philipp, Rademacher, Reichert, von Rühlmann, Sachs, Schmidt-Stettin, Schwarz, Schulze, von Soden, Stettin, von Siedow, Vogt-Witttenberg, Wollert, Welpert. Stimmenthaltung über der Abgeordnete Bieier. An der Abstimmung nahmen nicht teil die Abgeordneten Graf Eulenburg, Gottscheimer, Fergel, Dr. Kleiner, Koch-Düffelort und Preger; entschuldigend blieben der Abstimmung fern die Abgeordneten Gok, Wege und Wolf-Stettin. Alle übrigen Parteien stimmten für den Paragrafen.

Mit Rücksicht darauf, daß am Sonnabend über 50 Abgeordnete gefehlt hatten — 35 von der Sozialdemokratie und den Kommunisten 14 von den Regierungsparteien und die Parteien nun bemitt waren, für die dritte Lesung alle Lebenden, die irgend kommen konnten, heranzubringen, auch wenn sie aus Italien mit Flugzeug zurückkehren mußten, herrschte die zum Schluß der Abstimmung am Montag große Unsicherheit über das zu erwartende Ergebnis. Die Abstimmung ergab bei dem Paragrafen über die Verbindung der Zoll- und der Agrarreform 250 Stimmen dafür und 240 dagegen, also die fastliche Mehrheit von 40 Stimmen. Die Erhöhung der Tabak- und Zuckerteuer wurde mit 230 gegen 224 Stimmen angenommen, also nur mit 6 Stimmen Mehrheit, die Erhöhung der Biersteuer mit 232 gegen 223, die Erhöhung der Umsatzsteuer mit 228 gegen 223 (nordwest ein sozialdemokratischer Antrag auf Befreiung der Konsumereine von der neu beschlossenen Warenhaussteuer mit 262 gegen 192 Stimmen abgelehnt worden war). Für die miteinander verknüpfte Bier-, Umsatz- und Warenhaussteuer stimmten in der Schlußabstimmung von den Deutschnationalen 36 unter Führung des Grafen Welpert, dagegen 20 Abgeordnete unter Führung Eugenbergs. Besonders bemerkenswert war, daß neben der Bayerischen Volkspartei auch der Bayerische Bauernbund für die Biersteuer stimmte. Die Mineralwassersteuer wurde mit 227 gegen 225 Stimmen beschlossen, fast also nur eine Mehrheit von 4 Stimmen. Die Vorschläge zur Sanierung der Arbeitslosen-Versicherung im Sinne der Regierung wurden mit 249 gegen 204 Stimmen angenommen.

Das Schicksal des Reichstages hat also bei den Abstimmungen wiederholt auf des Meisters Schande gestanden. Vielleicht hat zu dem für die Regierung günstigen Ausfall der Abstimmungen nicht wenig beigetragen eine sehr geschickte Rede des Erbauungsministers Schiele, der am Montag auf Bedenken des sozialdemokratischen Abgeordneten Hilderbrand, dahingehend, daß die Zollerhöhungen andere Mächte, die noch den Freibund haben, wagen könnten, ebenfalls zum Schicksal ihrer Regierung zu machen. Die Regierung ist die Stöckungen erliden werde und daß ferner die Agrarreform eine Leistung im Lande hervorgerufen werde, erwiderte: Deutschland sei in einer Zwangslage, da es keine Landwirtschaft nicht zugrunde gehen lassen könne. Andere Mächte seien in der gleichen Lage wie Deutschland und werden daher gleiche oder ähnliche Maßnahmen treffen

Reichsfinanzminister Moldenbauer über die Offhilfe.

in müssen, ob sie wollen oder nicht. In längeren Ausführungen suchte dann Minister Schiele darzulegen, daß die Agrarreform keineswegs eine Vertierung der Lebensmittel zur Folge haben würde, daß nur die Verhältnisse auf den Lebensmittelmärkten sich ändern müßten, die jetzt den Produzenten zu kurz kommen ließen. Wenn es für die Delleitung der Einfuhr amerikanischen Getreideschiffes sei, so sollte er doch keiner derer bräunlich sein, die die Einfuhr von Getreide aus unmöglich machen; er wolle vielmehr frisches Fleisch zu denselben ermäßigten Preisen, zu denen jetzt das Getreide geliefert werde, in gleicher Menge zum Verkauf stellen, sei es, daß dieses billige gefasche und frische Fleisch dem offenen Markt entnommen werde, sei es, daß es den Fleischhändlern entnommen werde, über die das frische Schweinefleisch aus Polen gehen muß, das nach dem Handelsvertrag von Polen neben dem zu Konfession bestimmten Schweinefleisch eingeführt werden darf. Die tubigen, schließlichen Erklärungen Schiele machten ersichtlich auf alle Parteien Eindruck.

Der Reichstag vertagte sich zunächst bis zum 2. Mai. Das Reichskabinett will in diesen Tagen die nötigen Beschlüsse zur Durchführung der beschlossenen Steuer- und Zollgesetze fassen und dann ebenfalls eine Osterpause machen. Der Reichstag hat die neuen Gesetze ebenfalls bereits angenommen und sind in den Tagen zu sehen unterzeichnet.

Zunächst kann das Kabinett nun ohne den 4. April regieren. Die Abstimmungen über die Finanz- und Agrarreform haben aber gezeigt, wie schwierig die Lage des Kabinetts dadurch ist, daß es keine sichere Mehrheit hinter sich hat. Wenn in einzelnen Fällen auch nur wenig deutschnationalen Abgeordnete gegen statt für die Gesetze gestimmt hätten, so war eine Niederlage der Regierung und die Auflösung des Reichstages unvermeidlich. Wenn aber der Reichstag das gesamte Druckmittel gegenüber der Parteien in der Hand, daß die Bewilligung der unbedingt nötigen Landwirtschaftsreform abhängig machte von der Bewilligung der Finanzreform. Wie soll es gehen werden in künftigen Fällen, in denen ihm ein solches Druckmittel nicht zur Verfügung steht? Lange wird daher das Kabinett Brüning ohne den 4. April kaum auskommen, lange wird es trotz dieses Paragrafen kaum regieren können.

Die Schlußreden über einbringenden Vorlage über die Offhilfe ist die Möglichkeit gegeben, daß die Regierung Schwierigkeiten mit den Parteien hat. Schon in der 2. Lesung der Finanzreform hatten die Deutschnationalen beantragt, daß die Offhilfe ebenfalls mit diesem Reformwerke verbunden werde und daß für die Offhilfe eine bestimmte Summe, vorläufig wenigstens 200 Millionen, bewilligt würde. Der Reichsfinanzminister Professor Dr. Moldenbauer erklärte sich demnach der Regierung gegen diesen Antrag mit der etwas merklichen Gegenüberstellung, daß die Regierung sich bei einem bestimmten Betrag für die Offhilfe nicht festlegen könne. Das Programm für die Offhilfe sei noch nicht fertig und es müsse auf grund desselben und auf grund der Finanzlage kaum erst eingehend erörtern werden, welchen Betrag man bewilligen könne.

Vom Standpunkt des Offhaus aus ist diese Stellungnahme sehr bedauerlich. Vertreter der Reichsregierung haben mit Sicherheit in Aussicht gestellt, daß mindestens 350 Millionen in den nächsten 10 Jahren für die Offhilfe zur Verfügung gestellt werden. Solche Erklärungen soll man nicht abgeben, wenn nicht absolut sicher ist, daß man sie einhalten werden und dann darf nicht der Reichsfinanzminister kommen und sich gegen die Sicherstellung von auch nur 200 Millionen wehren. Der Offen ist in den letzten Jahrzehnten so vernachlässigt worden, daß niemand sich darüber wundern kann, wenn es nicht möglich ist. Umloher sollte regelmäßig alle erfordern werden, wenn geeignet ist, diese Mittel auszuheben, um in Ordnung. Die tatsächlichen Finanzen der parteipolitischen Kampfes haben die Offmärker neuen Sinn. Ihnen geht es um die Erhaltung der Existenz und des Lebens in all den jehrelichen Fällen, in denen beides gefährdet ist.

Die Reichsregierung wird daher gut tun, wenn sie, nachdem nun die Steuerrettung beschlossen und die Hilfe für die Landwirtschaft grundlegend gefestigt ist, mit großer Beschleunigung den Plan für die Offhilfe genehmigt und die dazu notwendigen Geldmittel bewilligt und sicherstellt. Nur so kann dem zusammenbrechenden Offhaus, wie es in Hindenburgs Off-Off heißt, geholfen werden. Nur so ist es möglich, das Vertrauen der offstehenden Wirtschaft wieder so zu haben, daß die produzierenden Stände in Offen die Gemütsheit erlangen, daß ihr Schutz und Darben nicht umsonst ist, sondern daß ihnen über die jetzige dünnere Zeit hinweggeholfen wird und daß sich wieder die Möglichkeit bietet, die eigene Existenz zu erhalten und vorwärts zu kommen. Ohne daß man der offstehenden Bevölkerung dieses Gefühl der Möglichkeit und der Sicherheit wiedergibt, wird alle materielle Existenz der Off wenig oder nichts. — Wie wir nach Schluß der Redaktion erfahren, ist er freuzlicher Weise das Offprogramm inzwischen dem Reichstag bereits zugangen. (Siehe S. 194.)

**Bis zum
20. April**

müssen Neubestellungen auf unser „Offland“ für die Monate Mai, Juni ausgegeben werden. Bei später erfolgten Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der zweimonatliche Bezugsspr. beträgt 1.— M. (ohne Zustellungsgeb.)

Der Prozeß gegen den Deutschtumsbund in Bromberg.

Am 11. April hat vor der verklärten Strafkammer des Bezirksgerichts in Bromberg der Prozeß gegen zehn Angehörige des früheren Deutschtumsbundes begonnen. Die Verhandlung dieses Prozesses ist unangenehm für uns. Nach dem Wikitext hatte sich in den vorhergehenden Angelegenheiten des Volksrats gebildet, um die Interessen der Deutschen der im Friedensgebiet an Polen abgetretenen Gebiete zu wahren. Diese Organisation hat 1920 den Namen „Deutsche Vereinigung zur Wahrung der Minderheitsrechte“ erhalten; sie ist natürlich von vornherein den schärfsten Angriffen von polnischer Seite ausgesetzt gewesen. Nach einer Hausungung in der Hauptgeschäftsstelle im Oktober 1920 ließ die Bezirksämter der Vereinigung verhaftet und ließ gegen diese sowie gegen 40 andere Personen ein Gerichtsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden, das aber im Jahre 1924, also nach vier Jahren, niedergelassen worden ist. Durch den Zusammenschluß der „Vereinigung“ mit anderen Organisationen ist 1922 der „Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte“ entstanden. 1925 haben die polnischen Behörden eine neue Hausungung in der Bremer Hauptgeschäftsstelle, des Bundes und in verschiedenen anderen Geschäftsstellen durchgeführt; die Vorkandmittglieder wurden damals fünf bis sechs Monate im Untersuchungsgefängnis gehalten; Akten im Gehalt von 10 Zentnern wurden beschlagnahmt, ohne daß es zum Prozeß gegen die wieder des Hochverrats beschuldigten Deutschtumsführer gekommen wäre. Dieser Jahr für Jahr haben sich im Geiste die Unterstellungen der deutschen Abgeordneten wegen Beschleunigung des Verfahrens erweitert, durch die Angelegenheiten der Vereinigung und gegen sie erbobenen Anschuldigungen reichten könnten. Erst im vergangenen Jahr kam der Prozeß ins Rollen, nachdem die polnischen Behörden offenbar sechs Jahre gebraucht hatten, um das Material für sie fertig, das es ihnen möglich erschien, gegen 40 Deutsche ein Verfahren einzuleiten. Wenige Monate darauf mußte das Verfahren gegen den Großteil der Angeklagten wieder eingestellt werden, so daß sich jetzt nur noch zehn Personen zu orientieren haben: Stabsarzt Friedrich Heideck, Dr. Erich Krause, Waidemeyer, Jenner, Wislizen, Dr. Joh. Scholz-Polen, Otto Schmid, Frz. Heymig Seiler, Paul Döbbermann, Leo Brandt und Dr. Wilh. Winkelsbauer.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, am Deutschtumsbund beteiligt gewesen zu sein und mit Hilfe ungesetzlicher Mittel die Verfügungen der Verwaltungsbehörden und die Ausführung der Gesetze vereitelt oder abgefaßt zu haben. Ferner behauptet die Anklageschrift, die genannten Personen hätten „zum Behrden des Prozes“ gegen die Angeklagten Heideck, Krause, Wislizen, Jenner und Dr. Scholz-Polen 14 Redensarten verschafft haben, die im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhalten waren, angeblich in der Absicht, sie zugunsten einer ausländischen Regierung zu benutzen. Den Angeklagten Heideck und Schmid wird ferner vorgeworfen, einer fremden Regierung absichtlich Informationen mitgeteilt zu haben, obwohl sie wüßten, daß diese Informationen im Interesse des polnischen Staates geheimzuhalten seien. Bei der Aufforderung zum Widerstand gegen das Aushebungsgeleit“ handelt es sich darum, daß die genannten Angeklagten im Jahre 1920, als die Verhältnisse noch völlig ungeklärt waren, Stellungsempfehlungen empfohlen haben sollen, bei der Aushebung während des Volkseinstellungsbesuches sich als Optanten auszugeben, die nicht einziehen werden könnten. Die „Informationen“, von denen die Anklage spricht, sind Stützstellen, die hergestellt werden mußten, um der Arbeit des Bundes überhaupt eine Grundlage zu geben. Die „Weiterleitung von Informationen an eine fremde Regierung“ sieht der Staatsanwalt in der Aufforderung, den deutschen Konsulaten oder den deutschen Gesandten in Warschau sofort Mitteilung von etwaigen Ausweisungen zu machen. Ein „Verbreiten besonders schwerer Art“ aber haben — laut Anklageschrift — die Angeklagten Dr. Krause, Schmid und Frz. Seiler erteilt. Sie sollen ein „Buchchen“, das „Vorbereitet vorbereitet“, zur Durchsicht gebracht haben; es handelt sich hier um die Auffstellung von Listen bezüglicher Personen, die berechtigt waren, die Kriegsrückkehrungsmaßnahmen des Rufführerbundes zu erhalten. In diesen Listen sieht die Anklage — Stammtellen (1), die zur Schaffung von Militärabteilungen dienen sollten, um im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes als Kampftrouppen Verwendung zu finden.

Polen hat uns in seinen Prozeßen gegen die Minderheit hinsichtlich der Verantwortlichkeit seines Beweismaterials bisher nicht verurteilt. Deshalb mußte es auch hier in Prozeß gegen den Deutschtumsbund, nicht, wenn der Vertreter der Anklage behauptet, die Nachforschungen hinter Vorgängen mitteln, bei denen absolut nichts zu verheimlichen war. Der Zusammenbruch der Anklage gegen Wilh. Winkels hat aus dem Bromberger Gericht nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. An den vier ersten Prozeßtagen wurden die Angeklagten vernommen; ihre Überlieferungen und auf sich selbst bezügliche Angaben sind in den Akten des Prozes festgehalten und mitteilen, was die Angeklagten der Anklageschrift auf Verlangen der polnischen Presse lag allerdings wenig an einer objektiven Berichterstattung über den Bromberger Prozeß. Auch durch den Polen Rundfunk wurden falsche Berichte verbreitet. So wurde u. a. die Meldung durchgegeben, die Verbindung

des Deutschtumsbundes mit der deutschen Regierung sei einmündlich durch die Gattinbe erwießen, daß der deutsche Rechtsanwalt Dr. Scholz-Polen die Verteidigung für sich übernimmt und verbreitern solcher Nachrichten sehr wohl bekannt sein dürfte, daß Dr. Sp. in Bromberg wohnt und Warschauer Straßengrenzen ist.

Die Vernehmung der Zeugenzeugen brachte Spannung und Leben in den Prozeß. Der erste Zeuge, ein polnischer Lehrer Karl A. A., legte über einen überfall aus, der auf ihn im November 1924 in seiner Wohnung von maskierten Banditen gemacht worden war, wobei er selbst verwundet und ein Kältebad mit einer Elektrizitätsformel gelassen worden war. Es war nicht ganz klar, was dieses Ereignis aus dem vorigen Jahre mit dem Deutschtumsbund, der bekanntlich schon 1923 aufgelöst wurde, zu tun haben soll. Der Verteidiger Gregorzewski fragte den Zeugen, ob er in einem der Angeklagten etwa einen der damaligen Banditen wiedererkenne und ob diese wohl in dem entmenschten Kältebad die statistischen Daten über seine Schule hätten vermuten können, um die ihn die deutsche Minderheitsorganisation einmündlich gebeten hatte. Der Lehrer A. A. sah sich die Komik seiner Lage zu empfinden; er dementierte die Aussagen des Verteidigers und machte nach Hause geflohen. Der zweite Zeuge, Schulinspektor Kuczynski, meinte, er wisse weiter zu sagen, als daß er einmal bei einem deutschen Lehrer einen Stragbogen über die Schulverhältnisse gefunden habe; seiner Ansicht nach ist ein Lehrer zur Abgabe statistischer Daten die Amtsgebühre sein, nicht berechtigt, obwohl es, um Zahl, Alter, Konfession usw. der Schüler und Lehrerfragen zu erhalten, gar nicht nötig ist, sich an einen Lehrer zu wenden, weil darüber auch fast jeder Schüler Auskunft zu geben vermag. Der Zeuge meinte, er würde auch weiter sagen, nach welcher Bestimmung es der Lehrern in Polen verboten sei, die dem Deutschtumsbund genehmigten Angaben zu machen. Was er weiter über die Anfragenfragen zu sagen hatte, die die deutsche Minderheit macht, um die Schließung ihrer nationalen Schulen zu verhindern, das waren lauter Dinge, die jedem bekannt und selbst in Polen erlaubt sind, wenn sie auch manchmal Sanitärer unermittelt sind.

Sie der nächsten Zeugenzeugen, den polnischen Kriminalkommissar Kaczmarek und den polnischen Staatsanwalt Heideck, Döbbermann und vor allem der „Bandenleiter“ Waidemeyer, besonders gefährliche Leute, Warum — das kam er freilich nicht sagen. Kaczmarek ist kein großes Tier; man verzichtet darauf, ihn nach Einzelheiten zu fragen. Der polnische Stadtkommissar Stefan Wembinski befruchtete sich darauf, über die Herkunft eines beschlagnahmten Briefkastens zu berichten, wobei er die „Entdeckung“ der Angeklagten in dessen Zimmern erwähnte. Er sagte, er habe die ehemalige „Buchhalterin“ des Bundes, die deutsche Heideck, den Gelder befragt. Damit war die sonderbare Zeugenvernehmung beendet. Sie war sinnlos wie der ganze Prozeß. Nach Vernehmung von Sonderzeugen und Verlegung der Akten und Dokumente, die wohl viele Tage in Anspruch nehmen werden, wird voraussichtlich am Mittwoch das Urteil gefällt.

Ostbund und Deutschtumsbund.

Im dem Prozeß gegen zehn Vorstandsglieder des Deutschtumsbundes im abgetretenen Gebiet hat die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift den Angeklagten unter anderem auch zur Velt gelegt, daß sie die Interessen ihres neuen polnischen Vaterlandes durch künstliche Verbindungen mit der deutschen Regierung über den Ostbund in Oßbun und den Bund der Auslandsdeutschen und den Bund für das Deutschtum im Auslande ein, gestiftet hätten. Die Anklageschrift geht dabei von folgenden Söbänkungen aus: Der Deutsche Ostbund und der Bund der Auslandsdeutschen hätten von der Reichsregierung einverneit die Verpflegung für die Verbindungen und Liquidationschancen erhalten. Sie seien damit zu offiziellen Reichsinstitutionen geworden und als Organe der Reichs- und Staatsregierung zu betrachten. Eine Verbindung des Deutschtumsbundes in Polen mit diesen Verbindungen habe daher als eine unerlaubte Verbindung mit einer ausländischen Regierung, nämlich der deutschen Reichsregierung, gelten müssen.

Diese Behauptung ist eine klägliche politische Kindererei. Weil man trotz fähiger Unterlegung den Angeklagten ein ernstliches Vergehen gegen den polnischen Staat nicht nachweisen kann, man aber doch die lange Unterlegungsszeit rechtfertigen mußte, hat man eben ein Scheingebäude von Beschuldigungen aufgeführt, die sich in keiner Weise halten lassen. Genau so fährten wir die Beweisaufklärung wegen einer verbotenen Verbindung mit der deutschen Reichsregierung über den Deutschen Ostbund und die anderen Verbindungen der Anklagebehörde. Es ist ja bekannt, daß seiner Zeit durch Beschluß des Reichstages und Verordnung des Wieder- aufbaumministeriums dem Deutschen Ostbund die Verpflegung der Anträge auf Verdächtigungsabklärung für die aus Polen und Welt- vertriebenen, aus dem Söbberland Gebiet und dem Ostbun die Reichsregierung vertretenden Deutschen übertragen wurde, wie sie für die aus Ost-Oberdeutschland Vertriebenen dem Vereinigten Verbänden heimtätiger Oberbefehliger, für die aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen dem Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer, für die aus dem Ausland Vertriebenen dem Bund der Auslandsdeutschen und für die aus den

Kolonien Vertriebenen dem Reichsverband der Kolonialdeutschen übertragen wurde. Weider der Deutsche Ostbund noch irgend ein anderer der genannten Verbände ist dadurch zu einem Organe der Weisungs- oder Staatsregierung geworden. Der Deutsche Ostbund hat seiner Zeit für die Vorbereitung eines ganz selbständigen Organisation gefasthat mit 28 Unterstellen im Reich, die eine selbständige Hauptarbeit betreiben unterteilt waren. Das Reich hat dem Deutschen Ostbund für die Übernahme der Vorbereitung keinen Pfennig bezahlt, sondern die Kosten der Vorbereitung sind dadurch aufgebracht worden, daß laut gesetzlicher Bestimmung alle Geschädigten 2 n. 5. ihrer Entschädigung für die Vorbereitung bezahlen mußten. Bei der endgültigen Abrechnung stellte sich heraus, daß der Deutsche Ostbund durch finanzielle, auf rationalisierte Arbeit den Betrag von 800.000. M. erspart hat. Dieser Betrag hat aber nicht etwa der Deutschen Ostbund bekommen, sondern der Reichsfinanz hat sie eingezogen zum Nutzen anderer Vorbereitungsverbände, die mit Selbstbetragen gearbeitet hatten.

Auch in der Zeit, in der bei den erwähnten Verbänden Vorbereitungsstellen bestanden, haben diese Verbände den härtesten Kampf gegen die Reichsregierung wegen der unangenehmen Entschädigung geführt. Schon daraus geht hervor, daß sie nicht nur keine Organe der Reichsregierung waren, sondern sich auch innerlich völlig unabhängig fühlten und die Interessen der Mitglieder mit größter Energie und schließlich auch mit unbefriedigbarem Erfolge wahrnahmen haben. Die wiederholten Aufhebungen der Papiermark-Entschädigungen, die Ernennung der Alters- und Mittellandsabteilungen, der Nachentschädigung, sowie der Schlussentschädigung sind unbefriedigt Zugeständnisse der Reichsregierung, die erst nach hartem Kampfe der Geschädigten-Verbände erfolgt sind.

Der Prozeß in Rastowik — Ullik freigesprochen!

Gegen das Urteil, das am Juli n. J. vor der Strafkammer des Rastowiker Bezirksgerichts gegen den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes in Ostpreußen, Otto Ullik, gefällt worden war, hatten sowohl der Bezurteilte wie der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Das polnische Gericht hatte sich trotz der vernichtenden Kritik, die die Anklage selbst wie auch die Belastungszeugen erfahren hatten, nicht dazu bereit finden können, auf Freispruch zu erkennen. Das Urteil — fünf Monate Gefängnis mit nachträglicher Bewährungsfrist — ist ein Kernstück im Verfahren der Staatlosigkeit der gegen Ullik erhobenen Beschuldigungen und den vereintlichen Bedürfnissen der polnischen Propaganda gegen die deutsche Minderheit in Polen gemeint. Ullik wurde für ein Vergehen, das ihm nicht nachgewiesen werden konnte, bestraft — nach polnischer Ansicht nicht bestraft. Das erwidrende Belastungsmaterial, von dem vor Beginn des Prozesses die polnische Presse erzählt hatte, ist nunmehr in Ulliks Hand gekommen. Ullik sammelte sofort, auf dem der Anklagefoto sich durch seine Unterfertigung der Beschlüsse zur Jahresfrist Schuldbild gemacht haben sollte. Es war nicht einmal das Original der vorgelegten Weisungsurkunde für den nach Deutschland gelangenen Bäckergesellen Diawko zu sehen, sondern eine fehlerhafte Photographie, die in der Rastowiker Spionageabteilung von einem beim Deutschen Volksbund oder der Oppelner Regierung entwendeten Aktenstück gemacht worden sein soll. Daraus, ob die Unterfertigung auf diesen vorgelegten Aktenstück wirklich von Ullik stammt oder zu dem Zwecke gefälscht worden ist, um dem Deutschen Geschäftsführer den Prozeß machen zu können, hatte sich im ersten Verfahren der Streit gedreht und drehte er sich auch jetzt wieder in der Verhandlung, die vom 9. bis 12. April vor dem Appellationsgericht in Rastowik stattfand.

Der Prozeß hatte damals im Inn- und Auslande das allgeringste Interesse erweckt und wurde auch jetzt wieder von der Öffentlichkeit in Deutschland und Polen, von den Pressevertretern des übrigen Auslands, unter denen sich auch solche aus Ost- und England befanden, mit lebhafter Spannung verfolgt. Die Anklage wurde von Staatsanwalt Wandowski vertreten; die Verteidigung lag wieder in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Wal. Die Verhandlung wurde vom Vorsitzenden des Appellationsgerichts, Dr. Jahner, geleitet, als Beisitzer wirkten die Richter Dr. Felle und Grzel. Hauptausgangspunkt war die militärische Dienstleistung Ulliks und weil er annehme, daß die Ableistung der Dienstpflicht auf die deutschstämmigen Jugend in Polen eine Schule der totalen Pflichterfüllung gegenüber dem polnischen Staatwesen sei. In seinem Schlusswort kam Ullik noch einmal auf seine Einstellung zum Heeresdienste zurück: Er habe über 15 Jahre, davon 9 Jahre als Offizier, in preußischen Heere gedient, wo die Fahnenpflicht als ehrenvolle Pflicht der Staatsangehörigkeit habe er eine Erziehung und geistige Ausbildung erhalten.

Die Verhandlung vor der Berufungsinstanz hat nichts Neues gebracht; die Zeugen der Verhörzeit haben in wesentlichen ihre damaligen Aussagen wiederholt und die Schriftführerleistungen ihrer feinerseitigen Gutachten bekräftigt. Keiner der Belastungszeugen hatte

Die Angeklagten im Bromberger Deutschstämmigen-Prozeß haben klipp und klar erklärt, daß sie keinerlei staatsfeindliche Verbindung mit dem Deutschen Ostbund gehabt haben. Wir können unerfessert diese Bekundungen auf das bestimmte bestätigen. Für so dann sollte man wieder die Vertreter des Deutschstämmigenbundes noch die Leiter des Deutschen Ostbundes halten, die ihre treue Beziehung zu dem Ullik nicht überdeckt und Ironiehaftigkeit des Deutschstämmigenbundes unterhalten werden und daß so die Voraussetzung für ein Verbot und die Verschlagung des Deutschstämmigenbundes von den Deutschen selbst geschahen worden wäre. Es handelt sich hier vielmehr entweder um übertriebenes polnisches Mißtrauen, wobei die Polen, die die geborenen Verächter sind, noch sich auf andere stützen, oder, wie dem gesagt, um den Mangel wirklicher Gründe für die Anklage gegen die Verhörsmittelglieder des Deutschstämmigenbundes durch künstlich geschaffene Verhältnisse zu sehen. Vereitel für ihre Behauptungen konnte die polnische Anklagebehörde nicht bebringen, aus dem einfachen Grunde, weil es solche nicht gibt.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland erklärt ganz mit Recht, daß er niemals mit der Entschädigung der Verdrängten und Liquidationsgeschädigten etwas zu tun gehabt hat, daß er sich auf rein kulturellen Arbeit beschränkt und nur zum Zweck der Unterstützung deutscher Privatstiftungen im Verbindung mit den Vertretern des Deutschtums in den abgetrennten Ostgebieten arbeitet hat. Wer die Verhältnis auch nur einigermaßen kennt, weiß, daß die Dinge in der Tat so liegen und daß es eine Dummheit für die Bromberger Staatsanwaltschaft ist, wenn sie den Verein für das Deutschtum im Ausland mit dem Bund der Auslandsdeutschen verwechselt, wie es in der Anklagefchrift tatsächlich geschieht.

Das Original des inkriminierten Schriftstückes gesehen. Der Hauptmann Elis, der sich als einziger daran erinnern wollte, es gesehen zu haben, hat sich bei seiner Vernehmung in merkwürdige Widersprüche verwickelt, aus denen ihn erst der Staatsanwalt befreien mußte. Auch einer der Hauptzeugen der polnischen Spionageabteilung, Diawko alias 'Perlein', gibt zunächst an, das Schriftstück im Original gesehen zu haben; nach seiner Aussage in der ersten Instanz hatte er nur das Schriftbild, nicht aber das Original des Dokumentes gesehen, doch bei seiner Vernehmung wird er in die Lage gebracht, daß er sich nicht mehr genau erinnern kann. Es stellt sich weiter heraus, daß Diawko/Perlein sich einmal in einem notariellen Vertrag, der im Büro des Berliner Notars Heinrich Rab abgeschlossen wurde, als Rechtsanwalt ausgegeben hat, ohne es zu sein, und wegen Urkundenfälschung verurteilt worden ist. Er hat dann beim Staatspräsidenten um Kaffierung des Urteils gebittet und hat dabei erklärt, daß er als Rechtsanwalt, der den Staatspräsidenten verurteilt hätte, nicht in die Lage gekommen wäre, einer der wichtigsten Zeugen im Prozeß Ullik sei. Erhöht ist der Antrag der Verteidigung, die Glaubwürdigkeit dieses polnischen Kronzeugen anzusehen, vom Gericht abgelehnt worden! Unverständlich war es, daß das Gericht den gegen Ullik auslegenden Krakauer Schriftführerleistungen, Gymnasialprofessor Janus Krol, der im ersten Prozeß eine klägliche und peinliche Rolle gespielt hatte, dem Appellationsgericht seinen Namen in die Verhandlung eingebracht hat. Auffällig ist auch gewesen, daß das Gericht die von der Verteidigung geforderte Saugeziehung neuer Entlastungszeugen und Schriftführer abgelehnt hat. Im ersten Prozeß hatte das Gericht geglaubt, in dem von der Regierung in Oppeln zur Verfügung gestellten Material vom Fall 'Walcho eine Lücke feststellen zu können. Das hat dann dem Staatsanwalt mit dem neutralen der polnischen Presse Anlaß, beleidigende Ausfälle gegen die preußischen Behörden gegeben. In der Berufungsinstanz wurde den polnischen Berichterstattungen durch die Aussagen des Polizeioffiziers Menzel, Zeuge, der Boden entzogen. Wenn schon in der Berufungsinstanz die Beurteilung des Angeklagten auf Grund eines als Sühnung erweisenen Schriftstückes (den gelunden Rechtsempfindens entbehrte, so ist es noch unverständlicher, wie der Staatsanwalt vor dem Appellationsgericht seine Behauptungen aufrecht zu halten und die photographierte Dokument bei den Akten befinden habe. Es besteht jedoch der Verdacht, daß es nur drei oder vier Seiten des Gerichts. Der Zeuge Polizeioffizier Menzel aus Weis habe ausgesagt, daß sich eine solche Weisung in den Akten in der Tat befindet, daß die Weisung aber nicht diejenige ist, die ursprünglich gesehen wurde, das Sortiment in Deutschland zu erleichtern. Zwischen den Aussagen der Zeugen Diawko/Perlein und Janus befinden nicht aufklärende Widersprüche. Der eine will das Demeistlich von einer Angestellten des Deutschen Volksbundes, der andere von einer Angestellten des Deutschen General-

konkret erhalten haben. Wenn der Sachverständige Krol auch bekannt habe, daß er die Identität der Unterficht nach der Photographie feststellen vermöchte, so liehe dem doch die Bekundung der beiden anderen Sachverständigen gegenüber, daß es gar nicht möglich sei, die Unterficht nach einer Photographie zu identifizieren. Gegen das freipräsidentielle Urteil ist die Revision des Obersten im Reichsgericht eingeleitet. Es müßte in innen sieben Tagen erfolgen und soll von der Staatsanwaltschaft tatsächlich bereits eingeleitet worden sein.

Damit hat ein großer politischer Prozeß sein verdientes Ende gefunden. Ullrich geht aus ihm von allen gegen ihn erhobenen Vorwürfen gereinigt hervor. Der Prozeß wurde nicht allein gegen seine Person, sondern gegen ihn als den Vertreter des deutschen Volkes in Oberbeschießung geführt. Er wurde geführt, um durch den Staatseiz die politischen Verhältnisse der deutschen Minderheitsbesetzung in Genuß zu entkräften. Er hat aber bewiesen, daß die Deutschen Oberbeschießungs mit reinen Händen ihre Klagen vor den Völkerverbund bringen, für die sie bei den polnischen Behörden kein Gehör finden können. Die Falle, daß Ullrich und mit ihm die deutsche Minderheit durch den Prozeß gerechtfertigt wurden, kann auch nicht durch den rechtskräftigen Strafurteil der Staatsanwaltschaft abgemindert werden. Dieser hätte seinem Staate nachbildlich einen besseren Dienst erweisen, wenn er auf Grund der Zeugenaussagen und Sachverständigen-Gutachten selbst den Freispruch beantragt hätte; Polen würde dann vor dem Auslands trotz des polnischen Prozesses immer noch bei in einem gewissen Grade gerechtfertigt da, weil es sagen könnte, es hätte, anlässlich von der Schuld des Angeklagten abstrahiert, durch die Einleitung des Verfahrens nur seine Unschuld bestätigen wollen, mehr aber zur Klarstellung der Dinge beigetragen. Die Anklage fallen zu lassen. Der Vertreter der Anklage hätte damit dem mit Falschungen arbeitenden polnischen Spionagedienst allerdings selbst das denkbar fehlerhafte Zeugnis und

den unabweisenden Deutschen ein Unschuldsattest ausstellen müssen. So weit reichte die politische Großzügigkeit nicht.

Eine neue Wendung scheint die Ullrich-Angelegenheit durch die Zeugenaussagen des Hauptmanns Eis nehmen zu wollen. Dieser behauptete nämlich, daß Ullrich deutscher Beamter sei und festes Gehalt beziehe. Es stellte sich in der Vernehmung heraus, daß sich diese Behauptung auf ein bei einer Ausschlusung beschlagnahmtes Schreiben des Datums vom 1. August 1918 in Berlin aus der Reichsdruckerei, dessen Inhalt sich auf deutsche Gebräudchen bezieht, die als beurlaubte deutsche Beamte nach der Abtretung von Polen noch für einige Zeit in Oberbeschießung zurückgelassen waren. Auf die Frage des Zeugnissagers, warum er dieses Schreiben, das übrigens auch nur im Vorbild vorlag, nicht schon in der ersten Sitzung vorgelegt habe, entgegnete der Hauptmann Eis: Damals lag viel von der Wichtigkeit des Ullrich die Rede gewesen; er habe sich in dem Zusammenhang davon überzeugt, daß Ullrich nicht loyal sei (U) und er wolle auch daran, ob der Angeklagte polnischer Staatsangehöriger ist. Als ihm darauf dessen polnischer Staatsangehörigkeitsbeweis vorgelegt wurde, fügte der Zeugnissager hinzu, er wolle sehr wohl, daß es eine Menge Leute gebe, die doppelte Staatsangehörigkeit besitzen. Diese „Ausbeutung“ kann, je zahlreicher sie ist, bei Ullrich, der seit dem 1. Oktober 1918 in der Genuß der polnischen Staatsangehörigkeit wurde, für die weitere Behandlung des „Falles Ullrich“ durch Polen unter Umständen noch bedeutungsvoll werden. Sie läßt vermuten, mit welchen Mitteln die Polen den Deutschstammführer, dem sie durch keine Unterfichtsfalschungen und Verdrängungen bekommen konnten, vielleicht doch noch „unabhängig“ zu machen gedanken. Es betriffen keine polnische Staatsangehörigkeit, weil sie es in naheliegender Weise nicht haben, um sich die Möglichkeit zu verschaffen, ihn als „leihen“ Auszubildeten, aber die ihnen zu schicken, nachdem es ihnen nicht gelungen ist, ihn als polnischen Staatsangehörigen ins Gefängnis zu bringen. Der „Fall Ullrich“ ist für Polen also aufzubrechen noch nicht erledigt.

Der Prozeß in Czestochau. — Erpressung und Spionage.

Vor dem Kriegesgericht der Garnison in Czestochau fand Anfang April eine Verhandlung gegen die beiden Deutschen Georg Scholz und Willy Gebhardt statt, die sich der polnischen Dienstpflicht durch die Flucht über die deutsche Grenze entzogen hatten. Die beiden Angeklagten wurden zu je sieben Jahren schweren Kerker verurteilt; zugleich die Strafe des Freiheitsverlustes für die Dauer der Verbannung lebenslang. Die Verhandlung wurde durch einen Vortrag des Staatsanwalteurs über die Methoden der polnischen Regierung zur Sprache, die sie gegen ihre deutsche Minderheit anzuwenden pflegt.

Die beiden jungen Leute, aus der Umgegend von Rattowitz gebürtig, waren vor etwa einem halben Jahre zusammen mit noch zwei anderen jungen Deutschen geflohen, weil sie einer Dienstpflicht von zwei Jahren in der Ukraine entgehen wollten. Sie wandten sich in Berlin zunächst an die Polizei, die aber jedes Unterhütung ablehnte. Durch Vermittlung eines Herrn der „Liga für Menschenrechte“ (s) kamen sie in Verbindung mit einem gewissen Dr. Wellner — der in Wahrheit Dr. Wagner heißt und Presseschriftler der polnischen Gesandtschaft in Berlin ist. Dieser bot ihnen Geld und riet ihnen, ins Rheinland zu fahren, wo sie angeblich leichter wären als in Berlin. Zu diesem Zwecke brachte er sie in Verbindung mit einem französischen Herrn Altery, der sich als Kaufmann ausgab.

Später erst erfuhr man, daß es sich bei diesem Herrn um den Militärattaché der französischen Gesandtschaft in Berlin handelte. Dieser Herr, dem die Werbung für die Fremdenlegion in Deutschland unterstellt ist, schickte die jungen Deutschen nach Mainz. Hier wurden sie von der französischen Geheimpolizei aufgefaßt. Ein Jahr und sechs Monate fingen sie in letzterem noch in Berlin zurück, weil sie erfahren hatten, daß die polnische Polizei ihre Eltern wegen ihrer Flucht verhaften wollte.

Um den Handelsvertrag.

Das Verhalten Polens.

Die vom Handelsministerium inspierte „Gazeta Handlowa“ veröffentlichte eine Mitteilung, derzufolge der polnische Gesandte Knoll den Auftrag erhalten haben soll, dem Reichsaussenminister Curtius und Reichswirtschaftsminister Dietrich den Vorschlag zu machen, gemittelt die des Handelsvertrages (Aufhebung der Kampfmaßnahmen, Kontingente) ohne Ratifizierung in Kraft zu setzen. Dieser Vorschlag soll sich jedoch nicht auf die Bestimmungen über Einfuhr, Ausfuhr und Niederlassung bezogen haben, die angeblich der Ratifizierung bedürfen. Das „Polener Tageblatt“ hat an antwortpolnischer Stelle erfahren, daß diese Nachricht über Grundlage entbehrt; es betont, daß auch die Vereinbarungen über das Niederlassungsrecht sehr wohl durch einfache Verfügung, ohne Genehmigung des Sejm in Kraft gesetzt werden können. Daß von polnischer Seite gerade in dieser Frage verfassungswidrig vorgegangen wurde, ist ebenfalls bekannt, daß man in Polen die Niederlassungsbestimmungen, die für Deutschland das Wichtigste am Handelsabkommen sind, nicht in Kraft setzen will,

Um dies zu verhindern, wandten sie sich an den polnischen Generalkonsul in Malbome in Butzen (O.-S.) und boten ihm freiwillig an, nach Polen zurückzukehren, falls man ihre Eltern freilasse. Malbome erklärte den beiden Deutschen, sie würden Kraftlos ausgehen, wenn sie ihm Material gegen den deutschen Volksbund in Oberbeschießung liefern würden. Gegen die beiden wurde die Beschlagnahme von Aufstellungsmaterial gegen die deutschen Säuberer Ullrich.

Man bot Scholz und Gebhardt an, als Spione in dem Dienst der polnischen Gesandtschaft in Berlin zu treten. Große Geldsummen würden dabei zur Verfügung gestellt werden, ebenso versprochen man ihnen alle möglichen Vorteile, wenn sie später in den polnischen Staatsdienst übertreten würden. Die beiden Deutschen nahmen das Schein an dieses Angebot an, auch in dem auch die Zustimmung der beiden in der Sache nach Rattowitz. Als sie dort ankamen, wurden sie jedoch sofort verhaftet und dem dortigen Woiwoden Grajzinski vorgeführt. Dieser erklärte ihnen rund herum, daß sie ihm als Spionen in dem Prozeß gegen die Deutschen Volksbund dienen müßten.

Da die beiden Deutschen auf dieses honorarierliche Angebot nicht eingehen wollten, versuchte man einen anderen Vorschlag. Man bot ihnen an, als polnische Handelsattachés nach der Provinz Opprehnen oder Grenzmark zu gehen, um dort die Landesverordnungsverhältnisse auszukundschaften. Die Zentrale dieser groß angelegten Spionage liegt in den Händen des polnischen Konjunktur Elmer in Schneidemühl, während der polnische Konjunktur Tabaczynski in Rattowitz die Beihilfung der Verhältnisse in Opprehnen zur besonderen Aufgabe hat. Da die beiden Deutschen handhabt liebten, wurden sie zu der oben erwähnten harten Strafe verurteilt.

Ergeben aber verlangt, daß Deutschland seinerseits die für Polen wichtigsten Abmachungen, die über die Schweine- und Röhlenkontingente, in Kraft setzen soll. In Polen ist eine starke Bourgeoisie durch das Agrarprogramm des Ministers Schiele entstanden. Man bejuchert nämlich, daß dadurch die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Polen stark beeinträchtigt würde. Bei den Verhandlungen seien die bei der Ausbalancierung der Schiffe auf dem gemittelt. Es gebe zu erinnernden beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen gegenseitigen Abhängigkeit vorhanden. Durch die deutschen Agrarverordnungen werde dieses Gleichgewicht wieder gestört, sagt man in Polen. Man sagt aber nichts davon, daß Polen seinerseits bedeutsame Zollverhöhrungen für wichtige Waren der deutschen Importfille und vor allem eine stark hemmende Ausfuhrsteuer für solche Waren bei der Einfuhr geplant hat, die bei der Erzeugung im Inneren einer Umwälzung unterliegen, wodurch das bei den Verhandlungen genannte geglättete Gleichgewicht ebenfalls gestört wird. In diesem Zusammenhang ist es als ob er sich das Schließliche Programm die polnische Regierung zur Erhöhung der Industriepölle und zur Einführung der Ausgleichssteuer

veranlassen könnte. Wenn auf den polnischen Vorschlag einer teilweisen Umkehrung eingegangen oder wenn die zweite, eben erwähnte Frage auch werden sollte, länden neue, wahrscheinlich für schwerige Bedingungen mit Polen vor. Der Wirtsch. Anzeiger hat sich mit dem Sonderbeleg für landwirtschaftliche Erzeugnisse befaßt; das Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, erzählt, daß dem polnischen Gesandten in Berlin entsprechende Instruktionen erteilt worden sind. Die polnischen landwirtschaftlichen Kreise haben beim

Die polnische Kunstausstellung in Berlin aufgegeben.

Nachdem im vorigen Jahr in Warschau eine deutsche Kunstausstellung unter der Schirmherrschaft Jolekiss stattgefunden hatte, sollte in Berlin eine polnische Kunstausstellung abgehalten werden. Wegen der Oppener Vorgänge wurde sie im vorigen Jahre gerufen. Sie sollte am 13. April eröffnet werden. Das Warschauer Regierungsblatt meldet aber jetzt übereinstimmend, daß sie wiederum „auf unbestimmte Zeit“ verschoben werden wäre, d. h. also wohl, daß man den Berliner Ausstellungsplan aufgegeben hat.

Die „Frankf. Ztg.“ meint, die Polen hätten die Ausstellung aus Verdruss darüber abgelehnt, weil der Außenminister Dr. Curtius

Außenminister, Handelsminister und Ackerbauminister gegen die Eröffnung der deutschen Agrarliste durch Überbreitung einer Denkschrift protestiert. Das Schmeinkontingente würde entwertet; eine Reihe polnischer Erzeugnisse, z. B. Eier, Getreide usw., würden nach der Selbstprüfung schlechter als während des Zollkrieges geurteilt. Unter diesen Umständen habe die polnische Landwirtschaft kein Interesse mehr am Zukunftkommen des Handelsvertrages.

es abgelehnt habe, das Protektorat zu übernehmen, da das für ihn als Mitglied des neuen Kabinetts nicht tragbar sei. Das Blatt tadelt das, weil ja der polnische Staatspräsident das Protektorat über die deutsche Kunstausstellung im vorigen Jahre auch übernommen habe und es sich doch also wohl um die Erwerbung einer Höflichkeit gehandelt hätte. Dieser Meinung sind mir ganz und gar nicht. Wenn Herr Dr. Curtius nach dem Abschluß der Polenverträge auch noch die Schutzverträge über eine polnische Ausstellung in Berlin übernommen hätte, so würde das bei uns niemand als eine bloße Höflichkeit angesehen haben, sondern als den Ausdruck einer unerträglichen und übertriebenen Polenfreundlichkeit.

350 Millionen Mark zur Hilfe für den Osten.

Die Denkschrift der Reichsregierung ist dem Reichsrat zugegangen.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat nunmehr die Denkschrift über die Hebung der durch die neue Grenzhebung mitbedingt gewordenen Gebiete des Ostens vorgelegt.

An der Einleitung heißt es: „Der vorliegende Plan einer Osthilfe kann wegen der Abgrenzung seines Aufgabenkreises, für welche die Finanzlage des Reiches entscheidend mitpricht, nicht alles umfassen, was zum Wiederaufbau des Ostens notwendig ist und gesehen werden müßte. Vielmehr wird die Gesamtpolitik der deutschen Reichs- und der preussischen Staatsregierung und die Bemühungen aller Bundesländer der Reichs- und der preussischen Staatserfassen als leitenden Gesichtspunkt den berücksichtigen müssen, die Widerstandskraft des Ostens so zu stärken, daß die sich hier auftuende wirtschaftliche und nationalpolitische Gefahrenquelle verstopft wird.“

Die Ostprovinzen müssen in die Lage versetzt werden, auf gleicher Stufe mit anderen Bundesteilen selbst wehrerbächtig zu werden. Es ist unermesslich, daß die anderen Bundesstaaten zur Errettung dieses Sieles Opfer werden bringen müssen, sei es beispielsweise auf dem Gebiete der Steuerlastenabgabe, auf dem Gebiete der Verteilung und Wahrung von Aufträgen und Leistungen oder in sonstiger Weise, durch die der unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehende Osten wenigstens auf eine Reihe von Jahren bewahrt vor anderen Gebietenlasten bevorzugt wird.“

Es werden nach diesem Programm zu betonen sein ganz Ostpreußen, die vier Kreise Danenburg, Bittern, Stolp und Rummelsburg des Regierungsbezirks Köslin, die Kreise Sülzow-Schmiedow und Friedeberg, Landsberg und Arnswalde der Provinz Brandenburg, die ganze Provinz Grenzmarken-Posen-Schlesien, von Nieder-Schlesien die Kreise Guben, Militsch, Kamslau, Str.-Wartenberg, Slogau, Treptow und Grünberg und ganz Ostpreußen.

In West-Nieder-Schlesien soll eine besondere Wohnungsfürsorge des Reichsministeriums des Innern für das Waldenburger Kreise einsetzen. Im übrigen wird es Drogen überlassen werden müssen, aus jenen Mitteln die Not zu stillen. Die Denkschrift enthält zum Schluß die Zusammenstellung über die behandelten Einzelfälle. Danach erfordern die Bedürfnisse des Ostens einen Gesamtbedarf innerhalb der nächsten zehn Jahre für die Zwecke der Landwirtschaft (Einkaufshilfe) 25, Erhaltung bäuerlicher Betriebe 4, Postenamt (auf 10 Jahre) 70, Kraftenergie für die Hinterprovinzen (auf 5 Jahre) 5, Produktionsförderung 5, Meliorationen 7,5, Vorkriegsgeldung 0,8, Selbstmachung von Landarbeiten (Umstellung) 0,25, Anlöhnerlohnfonds für Stadt und Land 10, Kleinhandelsbank 15, Waldweiden und Parklandschaften 34, Elektrizität 25,8, Gewerbförderung 27, Kinderärzten 10, Jugendvereinigungen 8, Schornsteinfeger 6, Krankenpflege 15, Reserve 20 Mill. M.

Der Gesamtbedarf beläuft sich nach dieser Aufstellung auf 350 Mill. M. Dieser Betrag ist aber nur als vorläufig zu betrachten.

Herr Hello von Gerlach und die Polen.

Die Enthüllungen über die aus polnischen Staatsmitteln an Herrn von Gerlach erhaltenen Unterhaltungen befähigten noch immer die deutsche Presse. Die Verhörungen der Herren von Gerlach und Gerschmann haben mir bereits in der letzten Nummer auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Die „Berliner Zeitung“ hat die Enthüllungen weiter gebracht hat, hat sie in gleicher Weise abgelehnt. Die „Märkisch-Polener Grenzzeitung“ in Meseritz erinnert daran, daß Herr von Gerlach im vorigen Jahre die Posener Ausstellung längere Zeit besucht hat, daß er dabei von der polnischen Presse sehr gelobt wurde und mit polnischen Kreisen weitgehende Fühlung genommen hat. Herr von Gerlach hat in seiner Verhörung behauptet, er habe im Jahre 1899 in Polen keine Verträge gehalten; die Kreise zur Ausstellung nach Polen habe er nicht geschickt. Er hat im vorigen Jahr, als sein Verhalten in Polen von deutschen Wärdern geachtet wurde, erklärt, er sei nur nach Polen gekommen, um sich einen Überblick über das polnische Wirtschaftsleben zu verschaffen, eine Erklärung, die von jenen Wärdern, die anscheinend besser Bescheid wußten, mit Spott aufgenommen wurde.

Nach einer merkwürdigen Studienfahrt durch Polen.

Ein weiten Kreise erregt eine Artikelserie, die der „Vortrags- und Generalanleiher“ kürzlich über die Lage der deutschen Minderheit in Polen veröffentlichte. Auffehen, namentlich in Polen, Bekanntheit gemordet ist diese Artikelserie dort durch den Krakauer „Kurier Cedyjenny“, der sie mit einem wahren Freudenbeuge aufgriff, um sie gegen die deutsche Minderheit auszusprechen.

Mit herzlichster Empörung meldet sich der „Ober-Schlesische Kurier“ gegen die ganz unzulässigen Ausführungen des „Kurier“ und mit Namen genannten „besonderen Mitarbeiter“. Die Ergebnisse seiner „Studienfahrt“ zeugten von hoffnungsloser politischer Koexistenz. Mit schlusslosem Stimmensei lese man von dem „Kurier“, dessen organisatorische Konstruktion der Amerikaner Wilson dem verblühenden und verarmten Europa“ geschenkt habe. „Vollends miträuflich aber werde man, wenn schon in diesem ersten Artikel

die Behauptungen der deutschen Minderheit in Polen als Äußerungen „leichterlebiger Gemüter“ hingestellt werden, die sich im „Vollgefühl ihrer Privilegien in Ost gegen Polen behaupten.“ Zur Charakterisierung dieser merkwürdigen „Studienfahrt“ diene weiter die Feststellung, daß sich der „Verfasser über das „Gerede von der polnischen Minderheit“ nicht hinausgehende, sondern sich auf den Heimit losgeringer Menschen, die abgeschwimmten Verkehrstränge, die gelungene Brücken barmlos und selbstherrlichlich. Dafür verfehlt er den Danziger noch einen besonderen Saft, indem er von einer „Verdrückung der Polen in Danzig spricht.“

Es würde zu weit führen, auf all die übrigen ungleubwürdigen „Erkenntnisse“, die der Anonymus verzapft hat, einzugehen. Das sollte Stück ist, wie der „Ober-Schlesische Kurier“ erklärt, wohl des „Verfassers Meinung, daß man „die Verhältnisse in Oberschlesien nicht allzu tragisch nehmen darf.“ Ein Vord, das so unendlich gelitten habe, nie das ober-Schlesische darf für sich im Anspruch nehmen, daß man seine Probleme erschaffen findet.

Wer der „Verfasser dieser Berichte über eine Studienreise ist? Wir müssen nicht. Aber wir erinnern daran, daß der edle Herr v. Gerlach Mitarbeiter des „Vortrags- und Generalanleiher“ ist und daß er in diesem angeblich „unparteiischen“ Blatte kürzlich den Deutschen Ostbund und seinen Bundespräsidenten Sinschel angegriffen hat. Sollte diese Entschlebung im Verein mit dem politischen Bildnis und der Enthüllung über die Unterstützung deutscher Politiker aus polnischen Staatsmitteln nicht auf die richtige Spur führen?

Der Ostbund hilft Dir!

Willst Du ihm helfen? Dann wird Mitglieder sein „Ostbund“! Tabuch fährst Du wirksam die uns allen gemeinsame Sache der Zukunft!

Ostland-Kultur

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V.

Nr. 8. - 11. Jahrg.

Nach Ostland wollen wir reiten!

18. April 1930.

Auferstehung.

Was so dringlich an dein Herz geklopft,
helles Lenzglück nun vom Himmel tropft.
Jede Knospe — gestern noch voll Traum —
kracht erwachend heut von Strauch und Baum.
Gestern tief die Drossel noch: „Komm bald!“
Heute singt mit ihr der ganze Wald.
Blau-Blumen recken sich verkehrt,
Ihre Augen — Sonnenlichtentzündet —

tränen alle Wangen in das Moos,
blühen sich von allen Rächten los.
Aus dem aufgerissnen Ackerfeld
Schaffensodem brodelnd dich ummelt.
Du verweilst vor allem voll Gebet,
in die lauter Ostern auferstehst.
Keine Dunkelheit, kein Schmeres ist,
da du selbst ja erdeneinfach bist.

Meta Perke.

Ostern.

Erstlose Tage waren zu frostigen Nächten geworden; ein neuer Morgen bricht an, armfelig wie die anderen. Freitag, dann der Sabbat, und nun die Sonntagfrühe.

Da eilen die Frauen zu dem Grabe.

Ihre pittrenden Herzen tragen sie dorthin, ihr Weinen in das Unseltsame hinein.

Die ganze Liebe hallet an diesem Grabe. Was haben sie noch? Vorbei das Messiashoffen, in Blut und Wunden ein Gott-Traum erstickt, selbst das Menschentum, das schlichte, nichts begehrende Menschentum überwältigt vom Sieger Tod . . . Ein Grab blieb übrig, weiter nichts; und ein Erinnern; und die große, große Liebe.

Ein Grab blieb übrig; und die wehe Einsamkeit, außen und in den Herzen.

Dies Gefühl hatten sie alle einst gehabt: Wo sollen wir hingehen, du halt' Worte des ewigen Lebens . . . Und nun?

Ja, wo sollten sie hingehen.

Es blieb nur das Grab übrig, und in ihm ein toter Körper, geschändet vom Haß, begelbt von der Liebe — alles war das, alles. So kam die Sonntagstraße über das jüdische Land und über eine Welt, die nichts wußte, nichts ahnte von diesem Morgen und seinem Sinn.

Von der ganzen Etageble war nur ein Grab übrig, nichts anderes. Und auch dieses war leer.

Wo sollen wir hingehen?

Ja, das Grab war leer. Das Grab war kein Grab mehr, Gräber waren nicht Gräber mehr — in diesen Stunden hefte Gott an seine Schicksalsfäden das Siegel gehofft; der Tod war übermanen.

Sichtbar übermanen, sichtbar allen, die Augen hatten und Augen haben, zu sehen. Das Grab war leer.

Wo sollen wir hingehen?

Wohin?

Um das leere Grab juckt ein Schein, Licht leuchtet auf, Licht formt sich zu Gestalt, eine Stimme klingt, klingt . . .

Ist das Traum? Ist's Wahrheit?

Eine Stimme aus der Sonntagfrühe, oft, oft gehört, immer geliebt in ihrer kräftigen Kraft, nun fast vergessen über der erbarungslosen Not des Freitagsabends und der noch erbarungsloseren Armut des Sabbat.

„Fürchtet euch nicht!“

Wie? Reint Sucht? Was dann?

Was?

Er — der Kohärenzwinde, der Vollender des Gotteswerkes, der Geliebte, Geliebteste!

Er ist da!

Auferstanden!

Ja, wahrlich auferstanden!

Es gibt keinen Tod — es gibt nur ihn, nur das Leben, nur die Liebe. Und keine Sucht mehr . . .

Ostern!

Nis aber der Tag sich zur Rüste neigt und der Herr den Jüngern auf dem Wege begegnet, wach ihr Herz nur diesen einen Wunsch:

„Weibe bei uns, denn es will Abend werden.“

Wir aber?

Auch anfer Tag geht einst zur Rüste; einmal neigt sich jeder Tag.

Und dann? Dann?

„Weibe bei uns!“

Einmal neigt sich jeder Tag. Und darum: Wo sollen wir hingehen? Du halt' Worte ewigen Lebens!

Ewiges Leben . . . Das ist der Sinn dieses Morgens, der Sinn der Welt.

Rein Tod, ewiges Leben!

Und ewige Liebe!

Ewiges Ostern!

Franz Rüdike.

Aus der Kriegs- und Volkswissenschaften im Baltischen Lande.

(Schluß.)

Von Wilhelm v. Klot.

„Du sollst erschossen werden, denn du bist hier überflüssig, vorwärts!“ Eine Abteilung Soldaten nahm mich in die Mitte und führte über Gefangenen vor's Haus, stellte mich an die Wand. Drei Umarmungen haben sich, hatten mir ins Gesicht. Mir schien es eine Ewigkeit, worum schossen die Halunken nicht, worauf warteten sie? Es war ein grüßliches Gefühl, wehrlos dastehen zu müssen. Plötzlich winkte der Anführer der Rote lachend: „Wir wollten nur sehen, wie du dich benimmst, führt ihn ab!“ Eine Stunde verging. Hinüberlief kam ein Trupp Soldaten aus den Hintergängen, betatschelte, was für ein Begonnen sollten, holpern die Schritte herauf, drangen in mein Zimmer. „Wir wollen dich auch abschleppen.“ Draußen kamen uns einige Soldaten entgegen, satt vom Essen. „Grossen, was wollt ihr, wir haben ihn doch unschädlich gemacht, alles gehört dem Volk, laßt ihn laufen und geht, das Essen wird kalt.“ Nach kurzem Hinüberdurste ich gehen, der Hunger über-

wog. War ich nun frei, oder hatten sie bloß vergessen, mich wieder einzufessern? „Wo mochte Beikung heken!“ Ich hatte aus Verden der Soldaten gehört, daß auch er verhaftet war. Wen sollte ich fragen, welchen Vetter mit der Nachprüfung beauftragen — kein einziger war zuverlässig. Ich machte mich selbst auf, wurde von einem Schärpenträger eingelassen und wieder eingelocht. Vom Fenster hörte ich, wie das Gut als Volkseigentum angetreten wurde, die Arbeiter wählen aus jeder Mitte einen Ausführenden, welcher die Verhandlungen vornehmen sollte. Die Arbeitslose, das Symbol der Verdrückung, wurde joblend vom Staatsum heruntergerissen und in den Feind geworfen. Künftig sollte jeder arbeiten, wenn er Lust hatte und wie viel es ihm paßte.

Der Wahlsinn wuchs. Die Soldaten wollten den Arbeitern imponieren, brachten ein Maßsingengehör in Stellung. Hämmernd jagte es eine uralte Kirche ab, krachend und splittend sank der

riefige Baum zur Erde. Es wurde Abend, die weißen Soldaten hatten sich müde getobt und verflüchtend im Schlaf, raketten sich auf den Möbeln. Nur in einigen irrtümelte es noch, ihnen schien ein Objekt für ihren Befreiungsdrang zu sein. Sie sahen mich am Fenster, kamen herauf, kamen mich zu verabschieden. Eine feine Besinnung, spielte damit, mich meinen Rathgeber an, raunte ihm etwas zu, und dieser ging hinaus. Nach einer Weile kam er mit einer zweiten Sänge wieder, und dann haben sie mir beide Däumchen gequert, daß die Spuren noch heute zu sehen sind. Draußen brüllte eine Rote: „Rieder mit ihm.“ Man hob mich heraus, ließe mich wieder an die Wand. Neugierige Jammelten sich im Halbkreis. Ein Schützenträger



Maxon v. Kiel.

nahten. Das ging lo, bis eines Tages das Grollen der Geschütze sich in ein mächtiges Geöse vermanente. Am folgenden Nachmittag klrirten plötzlich die Geschütze. Unter aufstehendem Rauchem fuhren deutsche schwere Haubitzenhülle in die Stadt, rissen große Crübler in die Straßen, rollten einige Häuserfronten weg, setzten die Dachplannen von einigen Dächern. Die Russen begannen die Stadt zu räumen, erst in aller Stille. Ein Regiment nach dem anderen marschierte durch menschenleere Straßen. Und dann kamen die marschierenden Nachzügler. Keine Schaulusterscheibe in den Hauptstraßen blieb heil. Was die Soldaten nicht wegschleppen konnten, stoben die Ketten. Als die Geschütze ausgeplündert waren, kamen die Privathäuser an die Reihe. Es gab Schießereien, denn die Bewohner hatten die Türen abgeschlossen und versteht sich zur Wehr. Auch in unserer Straße das ein Dörmelstall an. In diesen kräftigen Gemächern krachte plötzlich ein Geschnalze um die Ecke und brüllte: „Die Deutschen sind da.“ Im nächsten Augenblick wurden die Dübenderer verschunden, es wurde mühsam. Wir stüßen hinaus, ließen durch die Straßen, alles ausgehoben. Endlich am brennenden Bohuhof stehen wir auf den ersten Posten, ein Maßschingengehör, und seine Bedienung unter fremdtrübigen Stobhellen. Der Jubel löst sich wieder in Worte lassen noch bestärken. Immer mehr Leute jammelten sich an, die schließlich der weiße Platz Kopf an Kopf gefüllt war. Man rief sich förmlich um die Soldaten, jeder wollte wenigstens einen als Einquartierung haben, und dieser Wunsch in Erfüllung. Riga war frei.

Alle waren überzeugt, daß der Vormarsch gleich weitergehen und der übrige Teil des Baltenslandes auch befreit werden würde. Das war jedoch ein Irrtum. Wenige Kilometer jenseits der Stadt blieb die Front stehen. Eine stille Zeit begann. Die Wachen wurden zu Minuten. Von „drüben“ langten immer wegmüde junge Leute an, die sich durch die Posten geschoben hatten, und berichteten entsetzliche Gemalttaten der Bolschewisten. Immer brängliger wurden die Nachrichten. Die Front blieb still. Da, eines Tages in der Mitte des Februars, wurden alle, die sich freiwillig als Führer und Dolmetscher gemeldet hatten, Hals über Kopf eingekleidet und an die Front befördert. Ich hatte das Glück, zu einem Stobtrup kommandiert zu werden. In der Nacht ging's los. Ohne Stob wurden die russischen Einien überschritten, und als der Morgen graute, waren wir bereits tief in feindlichem und doch so bekanntem Gebiet. Ein kurzes Waldgefecht vertrieb eine bolschewistische Abteilung aus ihren Unterständen und Erdhöhlen, und nun begann ein Wettrennen um die Befreiung meiner Vandelette in Dorpat und Reval. Wir kamen zu

spät. Längs des Weges lagen erschossene Balten, Männer, Frauen, alte, junge, die von den Bolschewisten umgebracht waren, als sie die Verfolger hinter sich spürten. Ein grauenvoller Anblick. Hunderte waren im letzten Augenblick in Sägen verladen worden und befanden sich auf dem Wege nach Sibirien. Da überlebten waren außer sich vor Freude. Das Bangen um die geschleppten Angehörigen dauerte nicht lange, der Kaiser stellte die Bolschewisten vor die Entscheidung, die Gefiseln auszulösen oder sich auf einen weiteren Vormarsch gefaßt zu machen. Die Russen gaben nach, und alle Balten wurden heimbeordert.

Ran begann ein fruchtiges Schloß, besonders auf den Gütern, jeder mehrmals den Kopf dazu beizugeben, die Post zu haben in Vaterlandes zu lindern. Das Jahr wurde gut, die Felder brachten reiche Ernte. Wie ein Saufstich traf die Nachricht, die Front geht zurück. Niemand glaubte es, bis die ersten abziehenden Truppen die Tatsache bewiesen. Die Bolschewisten rückten nach, ergossen sich wie eine Horde wilder Tiere über die preisgegebenen Gebiete. Rückzugstreife konnten die nahende Gefahr und nun verlassen auch die Schutzstühlen ins Heim und liehen nach Riga. Die Stadt war überfüllt, die Eisenbahnen durch die Truppenbeförderung für die Zivilbevölkerung gelähmt, im vereinten Hafen lagen bloß ein deutscher und ein schweizerischer Dampfer. Um Riga waren sie überfüllt und verließen die Stadt. Aus den zurückflutenden deutschen Truppen wurde durch Aufzug die „Eiserne Division“ gebildet, wir meldeten uns zur „Wallischen Vandelette“. Man hoffte die Stadt zu halten, jod den Bolschewisten entgegen und versuchte sie aufzulösen. Aber die übermacht war zu groß. Unter schweren Verlusten mussten die kleineren deutschen Abteilungen zurückgehen. Am 3. Januar fiel Riga in die Hand der Bolschewisten. Und nun begann ein Schreckenstagen, das zu beschreiben die Feder sich kräubt. Eine Verhastung legte die andere. In allen Straßen waren öffentliche oder geheime Kommissariate errichtet worden, in denen den Festgenommen ohne Geberlei alle Überflüssen abgenommen wurden. Mit Verdröben oder vergleichen umständlichen und zeitraubenden Anzelegensheiten hielten sich die neuen Herren nicht auf, sondern perzten die Verhafteten kurzerhand ins Gefängnis. Es dauerte nicht lange, bis die beiden Anstalten überfüllt waren. Balten mußten mit gemeinen Verbrechern die Zellen teilen, und das Ungeheuer, vor allem die Cäuleptage, brötelte sich in unglaublicher Weise an. Dem Sauberkeit war dem Gefängnispersonal ein unbekannter Begriff. Um ihre Opfer nicht umlohn zu führen, wurden die Männer zu Straßenarbeiten, Müllsahrt, Holzarbeit und anderen öffentlichen Beschäftigungen kommandiert. Auf Alter und Gebrechen nahm der Verriichter keine Rücksicht. Die Gefangenen, welche oft außerhalb in Baracken oder leeren Eisenbahnwagen übernachteten, mußten, die der Sicherheit und Einforheit halber abgeschlossen wurden, gegen auf faulendem, oft typhusverleumtem Stroh. Die Frauen wurden gezwungen, die Subbösen in den Krankenbänusen und Sopsaretten zu säubern. Aus diese Weite wurden alle möglichen Krankheiten nicht zuletzt die Syphilis, in die Gefängnisse eingeschleppt, die Cäule sorgten für die Weiterverbreitung, und die durch völlig unzureichende Ernährung geschwächten Körper konnten den Ansteckungskeimen keinen Widerstand leisten. Aber dies Mittel zur Ausrottung der Balten war den Bolschewisten nicht wirksam genug, sie brauchten „Blut für neue Opfer, und nun begannen die Erschießungen.



Kurm des Schlosses Duikeln, des früheren Hofes der Familie v. Kiel.

Mit Einzelhinzichtungen fing es an, dann wurden mehrere daraus, und endlich schleppten die roten Senker die wahllos aufgerissenen Leichenbänken mit Schuttens in die nahen Wälder, zwangen die Opfer, ihr eigenes Malfengrad auszubehnen, entkleideten sie trotz einiger Winterkälte, gaben eine Salze ab, deckten den Leichenhäufen, und mit der sich nicht halten auch Schmerzwunde besonders, not-

drängte zu und führen heim. Unter den bald nach dem Einzug der „Vollschmitzen“ Verhafteten befand sich auch meine Mutter. Unsere kleine Schwester Marion hatten die Leute vorläufig noch auf freiem Fuß gelassen, und das war ein Glück, denn man konnte sie für die Mutter setzen und ihr Elfen bringen. Lebensmittel waren knapp, die Preise unerhörte hoch. „Alle hungerten, am meisten aber die Gefangenen. Zutritt zu den Eingeperrten wurde niemandem gewährt, die Nahrungsmittel mußten dem Gefängnispersonal ausgehändigt werden, welches das Beste behielt. Im März wurde auch Marion freigegeben und ins Zentralgefängnis eingeliefert. Ihr Verbrechen bestand wie bei allen anderen in der Hoffnung, daß sie Dattin mit der Mutter setzen und ihr Elfen bringen. Lebensmittel waren knapp. Aus Viehhofers: hatte Marion sich nicht im Gefängnis ausbilden lassen. Man füllte sie das tödliche Einzelni, die nagende Ungehelligkeit, die Verweigerung ihrer Mitgefängenen mit Viehern aus, tröstete und ermutigte die Zellengenossen Eog für Eog. Besonders ein Vie, es war ihr Lieblingslied, das alle aufgerichtet und ihnen Kraft gegeben, die Qualen zu überwinden. Und mit dem Vieß ist Marion selbst in den Tod ge-

gangen, am Befreiungstage der Stadt, als das vorausgeschickte „Panzerbataillon“ aus einer Sandwege Herkrabbelte. Wir fanden sie mit 8 Frauen und 25 Männern ermordet im Gefängnishof.

Wohi ist den Weg auch nicht, du weißt ihn wohl,
Das macht die Seele still und friedliebend,
Oh's doch umfließt, daß ich sorgend mich müß,
Dah' ängstlich schließt das Herz, sie's löst, sie's fröh.

Du weißt den Weg ja doch, du weißt die Zeit,
Dein Plan ist fertig schon und liegt bereit.
Ich preise dich für deiner Liebe Macht,
Ich rühm' die Gnade, die mit Gieb gebracht.

Du weißt, wo der Wind so süßlich weht,
Und du geliebst ihm, kommst nie zu spät,
Denn warm' ich lili, dein Wort ist ohne Trug,
Du weißt den Weg für mich — das ist genug.

Kundgebungen für die Heimat in West und Ost.

Den großen Kundgebungen des Deutschen Ostbundes für die entlassene und gefährdete Heimat schlossen sich in den letzten Wochen zwei Veranstaltungen von außergewöhnlichem Ausmaß an, über die ihrer Bedeutung wegen an dieser Stelle eingehend berichtet werden soll. Würde doch durch sie wieder gezeigt, welche innere Kraft unser Bund besitzt und wie er imlande hin, werdend für die Sache der Ostmärk in Deutschland und im Ausland, denn nur der Wille des norddeutschen Volk. Was in Hannover und in Krefeld abgeführt wurde, was auch an anderen Orten, was möglichst überall erreicht werden und kann erreicht werden; gerade weil die Kundgebungen in diesen beiden Städten Musterbeispiele für großartige Ostbundesarbeit zur Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Stärkung des Heimatgedankens genannt werden können, sei den Berichten über sie ausführlicher Raum gewährt.

Schäftsinsizier der Deutschen Ostbundes, Ortsgruppe Hannover, aus Anlaß der 10. Wiederkehr der Entzweiung deutscher Ostlande.

Eine stimmungsvolle und ergreifende Feier veranstaltete die Ortsgruppe Hannover am Sonntag, den 30. März, in den Festspielstätten. Der etwa 800 Personen füllende Saal war von Anfang an durch die Anwesenheit der geladene. In den Wänden hingen die von dem Landmann Heinrich gemalten schwarz umfalten Erbsitzkarten mit den dringenden Mahnrufen: „Denk an Polen und Bromberg, an Westpreußen und Danzig, an Ostpreußen und das Memelland, an Ober-Schlesien, an die Grenzmark Posen-Westpreußen, an die Ohrengen von Brandenburg und an die bedrängten Kreise in Niedererschlesien.“ Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, so daß Rostische einsteigen konnten mußten.

Mit der Sinfonie „Troika“ von Beethoven, gespielt von der Jugendkapelle, wurde die Feier eingeleitet. Nach Verklingen der wunderbaren Akkorde sprach die Ostmärkerin Frau Katalerdirektor Siegling mit Innigkeit und Wärme Franz Dütkes Gedicht „Dahem“. Pange noch klangen die mit Sehnsucht gesprochenen Worte: „Wo, wo ist mein Dahem —?“ Mit mächtigem Weind durch den Raum, als wollten sie als das Lied der letzten zehn Jahre erfüllen mit leiser Härte und Rot.

Der 1. Vorsitzende Julius W a d e erhielt eine dem Ernst der Stunde angepaßte Ansprache, in der er alle Bestimmten, Reichs- und Stadt-Verbands, Heimaterne, Presse und Schrengläse (darunter Landtags-angehörigter W a r z e l und Prof. Dr. M a g n e r, den früheren Rektor, jedoch „Direktor der Kreisfrieschen Hochschule“) herzlich begrüßte und dankbar auszusprechen ließ.

„Wir haben alle, geliebte auszusprechen, die Heimat, für unsere bedrohten Ostengen geschlossen einzuhalten, denn vom Osten verkündet die Sonne einen neuen Tag, vom Osten allein kann auch wieder die wirtschaftliche Auflebung unseres lieben Vaterlandes kommen. Unsere Landsleute jenseits und diesseits der Ohrengen klagen uns an, daß sie auf unsimer Wärme, umgeben und bedroht vom Slaventum, verzweifeln müssen. Immer dringender sollten die SOS-Rufe zu uns ertönen: Deutsches Mutterland, vergiß nie die Ost-Engen!“

Wir wollen hier heute die Herzen und Seelenstimmungen selbstlicher Empfindungen und ostdeutscher Menschen sprechen lassen. Verlangen Sie Ihr Oneres nicht, wenn Tränen in stiller Wehmut um ein verlorenes Glück Ihre Wangen nenen. Raffen Sie sich auf zur stillen Mitarbeit an dem größten Werk der kulturellen und rechtlichen Wiederbegegnung unserer lieben, ostmärkischen Heimat. Nehmen Sie teil an der großen, gemeinsamen Aufgabe, die uns verbindet und in die Kreise, denen das Wesen und der Wert unserer Heimat noch fremd liegt. Fragen Sie mit uns die Hoffnung und den Wunsch auf Gerechtigkeit im Herzen kämpfen Sie mit uns den geistigen Kampf um die Zurückgewinnung unserer entlassenen, lieben, deutschen Ostmark!

Eine wundervolle Umrahmung der Feier boten die vortrefflichen Stimmen der Gesangsabteilung des Vereines unter der zielbewußten und lehrreichen Führung des Landesrats Konrad P i e t z e r. Mit dem von dem Dirigenten gedichteten und vertonten ostmärkischen Sängergesang: „Mein Heimatland in Schwarz und Rot, und ferne klagt mein Vie, bill Gott, daß bald ein Morgenrot im Osten glüht!“

wurde der gefangliche Teil der Festfeier eingeleitet. Das nun folgende, von dem erblinden Ostmärker Steinwender vertonte: „Herr bleibe bei uns, denn es will Abend werden“ zeigte in der ergreifenden Konsequenz des Endtextes: „Hoh gehn der Zeiten Wogen, süß' uns lieber durch Sturm und Not“, wie die Herzen geteufel erfrühender Kraft.

Die Folge das „Volklied von Kromer: „Nach der Heimat müßt' ich mich inrücken, denn es ist mir gar nicht zum Vertrau gebracht wurde. Im Verlauf zu tiefem Ernst und stiller Wehmut um die entlassene Heimat geleiteten Stimmung ergreifend Frau Franz L ü b t k e das Wort. Nach dem Bericht des „Hannoverschen Anzeigers“ betonte er, daß alle Ostmärker von dem Wunsche erfüllt seien, wieder in ihre alte Heimat zurückkehren zu können. Zwar sie alle für das letzte Jahrzehnt nicht gemessen, weil es kein Zurück in das Land gegeben habe, in dem Wäpzig und Barche rasteten, in dem der Westmärker seine Wäpzig in die Ostfahrt trägt. Kron aller Rot seien die Westmärker auf daran, sie könnten die Tage und Stunden zählen, die sie noch von der Befreiung trennten, wann aber komme diese Befreiungstunde für die Hüße des Ostens? Werde sie überhaupt kommen? Sie werde einmal kommen, und sei es nach Generationen.

Das sei der Glaube der Ostmärker, dieser Glaube werde ihnen immer verkräftet, wo man ihn hören möge. Mit großer Freude sei der Ostbundes der Ostbundes erheit, daß Wiedererlösung der Rot des Ostens besonders ungenie, in Hannover, Braunschweig, Köln und vielen anderen Orten Wiederlösungen seien große Kundgebungen für den deutschen Osten veranstaltet und überall habe die niedererschlesische Seele für die deutsche Ostmark geschliffen. Nicht unerfüllt blühten die Ostmärker auf die Westmärker am Rhein, sie forderten aber, daß man mit der Ostmark fühle. „Mit Wiederlösungen seien die Ostmärker besonders verbunden, denn sie wüßten, daß auch dieses Land ein erobertes und umkämpftes Ostmark war.“

„Wir haben uns im letzten Jahre das Bedrängen der slavischen Flut bekämpft, um Wiederlösungen sei vor achtundzwanzig Jahren Heinrich der Feme ausgesprochen, daß das Ostland einbehaftet. Wiederlösungen waren es, die Jahrhunderte lang den Osten kolonisierten und kultivierten. Aber dann sei auch wieder die Rot über das Deutschtum gekommen, wurde zurückgedrängt. In Polen sei niemals gefolgt gemannuliert worden, wie man heute gern lüge. In der Provinz Polen habe sich in den drösig Jahre von 1870 bis 1900 das Deutschtum um 40 000 Menschen vermehrt, in der gleichen Zeit aber sei das Polenland jahrelang um das Sibirienlande gemannuliert. Das beweise, daß die Polen gleichberechtigt teilnehmen konnten an den Segnungen der deutschen Kultur. Auch die Abstammungen haben den Beweis dafür erbracht; in dem angeblich polnischen Maßstab hätten von 100 Stimmberchtigten 99 Deutsches und gefolgt ein Polak.“

„Wir haben mit vier Millionen deutschen Menschen für zehn Jahre im Osten verlorengegangen, die Ostmark wurde weiter nach Westen gerückt, Ostpreußen wurde eine Ost-, Berlin nahezu zur Grenzstadt. Und dennoch bedrohte Polen immer neue Gebiete, es habe sich die Aufgabe gestellt, alles Land bis zur Elbe zu erobern.“

„Da geht es, alle Deutschen zusammenzurufen, das Ostproblem ist die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Es müßte wieder heißen: Nach Ostland wollen wir eilen! Das tolle, schmerzhafteste Ritt hin, von dem ein Ritt der deutschen Kultur, ein Bedrängen des deutschen Geistes und deutschen Lebenswillens. Wir drüben, in der entlassenen Ostmark, wo alle Deutschen unter Hintertänzelung religiöser und politischer Bekennnisse nur deutsch wählten, müßte auch im deutschen Lande in der Ostfrage eine Einheitsfront erheben.“

Der Redner wies am Schluß seiner Ansprache auf das Vorbild hin, das der Ostbundes an Hindenburg in der Ostfrage kirchlich gegeben habe, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn das Sehnen nach dem deutschen Osten in den Rindern nachgehört werde, eines Tages auch jenes deutsche Land frei sein werde.

Als stimmungsvolle Zustimmung und Beifall verkräftet waren, spielte, wie von der Stimmung gebunden, die Jugendkapelle die Weberoperphäre „Schäfers Klage“ mit wunderbarer Klangwirkung. „Das Doppelquartett brachte unter der Leitung des Landmanns Pieger das Gedicht von „Friedrich“ und eine Gedichtfolge, „Was ein Nachtigebler“ (vertont von O. Lehmann) zur Darbietung. „Als im Hülsterten fall wie ein Segen das: „Friede, komm in meine Brust“ erklang, wagte sich kaum eine Hand zu rühren.

Fräulein Stiike rezipierte nun das Gedicht von Herbert Vipp: „Der obdunkle Mann“ mit fast männlicher Kraft und erschütternder Stärke und brachte Johann zu Ehren des anwesenden Dichters die „Vindictae Ballade“, die Wächter und die Wächterin. Der Vortrag war eine künstlerische Fassung eines Reimsprings; in dem Vortrag glaubte man ganz neue Menschen- und Weltanschauungen mitzuerleben. Brauendorf besaß lobte die hervorragende, gleichfalls der Ostmark entflammende Künstlerin.

Der unermüdbare Kulturkodirektor Plegier dirigierte nun die Volksschule: „Niichts gleicht der lieben Heimat“, welche die Einleitung ist, daß für das von der Jugendgruppe gesungene Gedicht die „Vertreibungen“. Die Jungfrauen des Liedes sprachen als Geleitwort das gleichnamige Gedicht von Johann Wolff mit uniger Wärme. Das Bild zum politischen Grenzplaf an feindlicher Polen und am deutschen Grenzplaf eine Gruppe von Flüchtlingen) war von packender Wirkung.

Das nun folgende Conzert „Der Fremdenlegionär“ kann als wahrheitsgetreues Schicksalsbild bezeichnet werden; denn der Junosoldat mährischer Koloenke, der es beschaltete und das Lied der Deutschen sang, die in der französischen Fremdenlegion schmachteten, hat in vierzehnjähriger grauenvoller Kriegszeit das durchgemacht, was in den schlichten, ergreifenden Strophen erklang. Seine Mutter, die drei Söhne verloren hat (zwei gefallen), lag im Saal und verzog sich eines die er letzter, nun endlich heimkehrender Junge das Lied seines Kindes vorlesen. Es schien, als ob alle das Unglück dieses Armes, durch Quagen gemarterten Menschen mitfühlen.

Frau Direktorin leitete das Bremerische Gedicht „Die Vertreibungen“ mit Innigkeit und Kraft, und die Gesangsabteilung schloß die Vortragsfolge durch die Cider: „Wenn ich den Wanderer frage“, „Hier in des Abends traumlich erlöser Stille“ und „Zur die Hoffnung selbgehalten“. Herr Dr. Hoffmeister, der Vorsitzende des Landesverbandes Hannover-Braunschweig, sprach mit zündender, alles mit sich reisender Begeisterung die wohlthuende, die in einem deutschen „Ostmark“ die Heimat ausklangen. Der Bundespräsident Dr. Lüdtke trat ebenfalls an die Vorstandsmittglieder Heinrich, Janette, Plegier, Canow und Zur als Ehren-gabe der Ortsgruppe mit persönlicher Widmung seinen Roman: „Das Jahr der Heimat“, den Damen Frau Hennig und Fräulein Friedrich sowie den Jungkammernitgliedern Adam, Eckert, Peine, Romig und Fr. Völkke das illustrierte „Prachtmärk“ „Ostmark“.

Die Feier hinterließ als zweite große öffentliche Veranstaltung in Hannover innerhalb der letzten Monate ein nachhaltiges Ein-druck, der auch in den ausführlichen Berichten der Presse zum Ausdruck kam. Nach Lösung der Hofffragen Deutschlands darf es nur eine Lösung geben: „Gebt Deutschland seine Ostmark wieder!“

Morgenfeier im Stadttheater Rotfbus für den gefährdeten Osten.

Auch die Rundgebung in Rotfbus, zu welcher der tüchtige Vorstand unserer dortigen Ortsgruppe, an seiner Spitze Herr Schulze Lüdtke, in das seitlich schöne Stadttheater geladen hatte, war ein voller Erfolg, zu dem auch das Erscheinen zahlreicher Schöbnerinnen und vieler Organisationsleiter. Während die „Wanderer des Landes-Feitigung“ in einem Reiterstück mit der Überschrift: „Hilf! Hilf!“ die erste Idee würdig und mit den Worten schließt: „Man gibt schweren Herzens noch heute“, bringt der „Rotfbuser Anzeiger“ einen Bericht, dem wir das Folgende entnehmen:

In einer eindrucksvollen Veranstaltung, die am Sonntag, den 6. April, vormittags im Stadttheater zu Rotfbus stattfand, ging, wie der Deutsche Ostbund auf die großen Gefahren hin, die der deutschen Ostmark drohen. Die Antrittsrede gewisser jamaischer Kreis strahlte sich bemerkenswert auf die Gegenwart und die Zukunft des Vaterlandes als angelegentlich dringende Weisung zurück. Am Mittelpunkt der Veranstaltung standen vier großangelegte Vorträge, die gehalten wurden von Universitätsprofessor Dr. v. Auberl-Breslau und vom Präsidenten des Ostbundes Dr. Lüdtke. Das Haus war fast bis auf den letzten Platz besetzt. Die Vorbereitungen lösten lebhaftes Interesse aus, und man kann nur wünschen, daß sie von nachhaltiger Wirkung sind, besonders insofern, als offensichtlich durch den Ostfragen eine bedeutend erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Zunächst der umrandende Teil. Der Rotfbuser Männerchor und die Gesangsabteilung des Elternbundes sangen unter Leitung von Werner Sigur einige ausdrucksvolle Chorlieder: „Deutliches Volksgedicht“, „Vaterland“, „Die stille Stadt“ und „Wo gen Himmel Gehn ragen“. Der städtische Chor brachte die Werke in eindringlicher Form zur Geltung. Gutes Stimmmaterial, treffliche Schulung, begünstigtes Mitgehen jedes einzelnen. Dem ein Dirigent von ausgeprägter künstlerischer Auffassung wie Werner Sigur. Kein Wunder, daß dieser Vortrag ein Erlebnis war.

An formvollendeter Sprachkunst trug der Student E. Roth das „Jahresausblick“ von Frau Völkke vor, gedankenreiche Verse, durch die ein Raum und Sagen von der Kulturarbeit, die deutsche Männer im Osten geleistet haben, und von der innigen Verbundenheit des Deutschen mit diesem Gebiet, das erst durch deutsche Arbeit und deutschen Entschlossen zu seiner Wiege entfaltet wurde.

Und dann das Haydn'sche Streichquartett, niedergelassen von Heppes-Quartett (Peter Heppes, Erich Bernhardt, Georg Rosenfeldt und Anton Böhm). Wie eine Erlösung drängen die

ersten weichen Sätze in die Herzen der Zuhörer. Die Schönheit der Komposition wurden voll ausgeschöpft. Ein Zusammenstoß des Haydn-Quartetts keine Ähnlichkeit mit der in Feinigkeiten, technisch auch in den beiden besonders hinstimmigen letzten Sätzen, eine braunroter Leistung. Als verdienter Bonus langanhaltender Beifall.

Den ersten Vortrag hielt Universitätsprofessor Dr. v. Auberl-Breslau über:

„Deutliches Recht und deutliche Rot im Osten“.

Der Redner schilderte in objektiver Form den Kampf um den Osten, besonders auch, wie er von jamaischer Seite her geführt wird. Wir möchten sein bei überzeugung, daß die Lösung der Ostfragen ist, wie man sie am ausführlichsten, am umfassendsten und am besten im Osten muß sie dabei allerdings nur hängen halten, was auch die Gegner die Verfallener Grenzregionen durchaus nicht als für sie befriedigend ansehen. Von ständischer Seite her ist bekanntlich der Versuch gemacht worden, so etwas wie einen Wendepunkt aufzurufen und diesen an die Eisenbahnlokomotive anzugliedern. Dieses obscure Unterfangen sei folgendes die einzige Feindbegriffung gewesen, die in Versailles keine Verwirklichung gefunden habe. Ungezählt dessen lauernden Versuche und Strömungen nach dieser Richtung hin an. Die Aspiranten erstreckten sich auf das ganze Gebiet der Pusch bis Rotfbus-Gebiet, bis vor die Core-Berlin. An der Eisenbahnlokomotive gebe es besondere Vereine zur Unterstützung der angeblichen Wendebewegung, mit dem Ziele, das Wendengebiet in den Schoß des Slaventums zurückzuführen. Deutschland dürfe diese Dinge, so obwegig sie uns im Inland auch anstehen, nicht auf die leichte Achsel nehmen, müsse im Gegenteil endlich erkennen, daß hier Gefahr in der Höhe, wenn das größte Problem lauert. Das Ostproblem müsse zur nationalen Frage schlechthin werden.

Die Frage, weshalb der Deutsche im Osten bei den Polen umverkehrt sei, solle sich leicht beantworten. Der Deutsche habe zwar dem Osten die Kultur gebracht, habe den Aufschwung dieses Ländergebiets in die Wege geleitet, aber Lindank sei auch hier der Welt Lohn gewesen. Die kulturell überlebende russische sei als „Kapitalismus“ und „Unterdrückung“ verstanden worden. Ruchsen er seine Aufgabe erfüllt habe, sei das Volkstum vorberstehen, den Volkstümern mit einem Zufußt aus dem Lande zu jagen. Die Stellung Deutschlands im Osten charakterisiere sich als Verbindungsbrücke zwischen zwei Welten, zwischen Europa und Asien. Das hierin ganz besondere Komplikationen lagen, verhalte sich um selbst. Beispielsweise sei, daß schon der sozialdemokratische Schriftsteller Friedrich Engels ausgeführt habe, daß die Polen in der Geschichte niemals ein Nationalrecht der Selbstbestimmung besaßen, daß das Krakenen bei ihnen eine typische Eigenschaft war.

Wer die Entwicklung aufmerksam verfolge, werde beobachten, daß die Polen jetzt in verstärkter Maße nach Westen drängen, um sich in dem Eigentum der verdrängten Deutschen niederzulassen. Infolge der ungünstigen politischen Verhältnisse habe der deutschen Landwirtschaft im besetzten Gebiet trete indes ebenfalls eine Westwanderung ein, es sei ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung der Deutschland vertrieben Osten sich immer mehr entzöckere.

Die Polen warteten nun auf den Moment, mo sich ihnen die Möglichkeit eröffne, auch in den manchenarm gemordenen deutschen Gebieten sich noch mehr als bisher festzusetzen. Dann werde auch hier die Entourlung des Deutschen einreisen mit all ihren Gefahren für die Zukunft.

Wie könne man dieser Entwicklung nur vorbeugen? Einmal von der mittelschichtlichen Seite aus. Der ostdeutsche Bevölkerung müsse unter allen Umständen eine bessere Existenzmöglichkeit gegeben werden. Der deutsche Osten müsse ferner in zunehmendem Maße durch Deutsche besiedelt werden. Aber auch von der kulturellen Seite her dränge sich die Lösung auf. Es dürfe nicht unterbleiben, was die Stellung des Deutschen in der Ostmark kräftigen könne. Hierin müsten, und das sei das Wichtigste, alle Parteien einig sein. Eine historische Aufgabe gelte es hier zu erfüllen, eine Aufgabe, aus deren Lösung abhängig sei das Geschick ganzer deutscher Völkerverände.

Die Ausführungen wurden mit höchstem Beifall aufgenommen. Dann sprach der Präsident des Deutschen Ostbundes, Dr. Lüdtke, über das Thema:

„Deutschland, rette deine Ostmark.“

Er verteilte und ergänzte die Ausführungen des Vorredners in mannigfaltiger Weise und schloßte eingehend auch die Aufgaben des Ostbundes. Man brauche nur zurückzudenken in die deutsche Vergangenheit und man werde finden, daß sich die in dem Gebanken ist auf den Osten noch stets eine Art südkolonienähnlich herausgebildet habe. So müsse es wieder werden. Der Redner erinnerte an die großen Männer, die der Osten uns als Führer auf allen möglichen Gebieten stellte. Das gelte es jetzt mit helfender Tat zu tun. Völk man die Wunderrückkraft des Ostens untergehen, so werde es auch mit der Industrie, mit dem gesamten Mittelstande zu Ende sein, zu Ende sein mit dem Deutschum schlechthin. Es gelte uns Ganze. Zum Erstlichen sei man sich vor zu erfüllen, eine Aufgabe, aus deren Lösung abhängig sei das Geschick ganzer deutscher Völkerverände.

Die Ausführungen wurden mit höchstem Beifall aufgenommen. Dann sprach der Präsident des Deutschen Ostbundes, Dr. Lüdtke, über das Thema:

Der Anderson-Skandal.

Unsere Leser kennen die Rolle, die die beiden Schulmänner Anderson in demselben Amt als Offiziere während des Krieges durch Verrat an Deutschland gespielt haben. Herr Konrektor L. R. Pölsch hat in seinem nun wiederholt beprochenen Buche über den Unterricht in Reutomiß diese Verräterei eingehend und unter Führung dokumentarischer Beweise dargelegt. Der Verrat hat sich mit dem geradezu unerhörten Vorgängen beschäftigt, und der frühere Kultusminister Becker hatte auf eine Interpellation des Herrn Abgeordneten Pölsch eine strenge Unterfuchung zugesagt. Er kam aber meinetwegen zu dem Ergebnis, daß die Schulmänner der beiden Wiedermänner, die von dem Dolmetscher Verräter heißt bald den verdienten Lohn erhielten und die auf Verrat wurden, durch die Amnestie erlitten seien. Dagegen ist nun nichts zu machen. Daß aber die beiden seit Jahr und Tag als Lehrkräfte an Schulen in Deutschland beschäftigt werden in einer Zeit, wo an Lehrkräften wirklich kein Mangel ist, ist völlig unerklärlich. Mit Recht regt sich ein in Frankfurt a. M. erscheinendes Blatt darüber auf, daß man der bittigen Schülererziehung insgesamt hat, einer dieser beiden Verräter ein öffentlicher Berufslehre, Anderen, an einer dortigen Schule zu bilden. Herr Döhl schreibt in seiner Broschüre über das Polnisches Reutomiß: „Anderson ist ein Landesverräter schlimmer Art. Er hat die deutsche Stadt Reutomiß den Polen in die Hände gespielt und namenloses Unglück über unsere Stadt und die Umgebung gebracht.“ Dazu schreibt das erwähnte Frankfurter Blatt: „Anderson aber... unterrichtet heute deutsche Schulkinder. Im heutigen Deutschland

ist es möglich, daß Leute vom Schlage Andersons „Vaterlandslied“ predigen. Und was natürlich nicht zu tun ist, so lehrte man ihnen sagen soll. Anderson war einige Zeit an der Großschule tätig; gesamtjährig amtiert er an der Rudolfsschule. Da sich ein Verräterkollegium nicht gegen die Verschlingung eines solchen Kollegen, der ihr von der Verbote beigegeben wird, wehren kann, so hat man zum gleichzeitigen Vorkottgegriffen. Man grüßt ihn nicht, man spricht nicht mit ihm, selbst Schulverwalter und Lehrer lehnen jedes außeramtliche Gespräch mit ihm ab. Und so findet die Verhältnisse an der Rudolfsschule sehr merkwürdig geworden. Die Verbote, die sehr gut im Bilde ist, tut nichts, die Verräterkammer scheint zu schlafen und auch der Verräterernte weiß sich in der Lösung dieser Frage keinen Rat. Nun wird aber die Klasse, die Anderson bisher in Vertretung des erkrankten Konrektors geführt hat, zu Offern aufgeteilt. Damit wird Anderson an der Rudolfsschule übertraglich. Wir werden es aber erleben, daß Anderson noch Offern einer dritten Frankfurter Schule zugewiesen wird, die bis jetzt noch nichts von den pädagogischen Segnungen dieses Herrn erfahren hat. Die ganze Angelegenheit ist ein ausgemachter Skandal. Wenn der preussische Kultusminister, der durch ein Schreiben der Frankfurter Schulbehörde vor mindestens einem Vierteljahr aufgefordert wurde, einzuführen, weil der Verräterhof nicht zugunsten werden könne, mit einem solchen Manne zusammen zu wirken, bis heute noch keine Zeit zu einer Antwort gefunden hat, so ist das unerklärlich.“

Bundesnachrichten.

Ein trübliches gefegnetes Osterfest

wünschen wir allen lieben Lesern und Lesrinnen, Mitarbeiter, Freunden und Förderern. Möge das Fest der Auferstehung auch in den Herzen der Verdängten, insbesondere der notleidenden, neue Hoffnung und neuen Lebensmut entfalten!

Szycypionoten-Vereinigung.

Wiederjahressfeier in Hamburg-Friedrichshafen.

Die Szycypionoten-Vereinigung hat bekanntlich in ihrer Gründungsversammlung, die am 20. Oktober v. J. in Berlin stattfand, einstimmig beschlossen, bis auf weiteres jedes Jahr eine Wiederjahressfeier zu veranstalten. Die Versammlung entsprach damit einem Wunsch eines betrogenen Mitgliedes, das aussprach, viele von ihnen müßten nicht mehr, wie lange ihnen noch zu leben veranschaulichten. Es ist daher, daß die Wiederjahressfeier nicht in längeren Zeiträumen stattfinden, sondern jedes Jahr. Der Ausschuß der Szycypionoten-Vereinigung hat gemäß der ihm von der Gründungsversammlung gegebenen Vollmacht beschlossen, die diesjährige Wiederjahressfeier in Verbindung mit der Bundestagung des Deutschen Ostbundes, die vom 22. bis 25. August in Hamburg stattfindet, zu veranstalten. Allen Szycypionoten, die die Kosten irgend erfinden können, wird es sicher ein Preisverdienst sein, an der diesjährigen Wiederjahressfeier teilzunehmen, zumal in Hamburg das Ehrenkleid aufgeben werden soll, um den Aufenthalt so interessant und denkwürdig wie möglich zu gestalten und sich eine erhebende Feier am Grab Bismarcks anknüpfen wird, die jedem sich zu einer unvergesslichen Erinnerung für Ever gehalten dürfte. Die Festtage geht allen Mitgliedern der Szycypionoten-Vereinigung zu. Alle Preisermäßigungen bei der Gesellschaftsreise nach Hamburg und bei den dortigen Veranstaltungen stehen auch den Szycypionoten zu. Solche Szycypionoten, die an der diesjährigen Wiederjahressfeier teilnehmen wollen, oder noch nicht Mitglieder sind, müssen ihre Mitgliedschaft sofortigt anmelden. Die Anmeldung zur Teilnahme muß spätestens bis zum 15. Mai erfolgen.

Fräulein Oberlehrerin Anna Polßen 4.

Ein hervorragendes Mitglied der Szycypionoten-Vereinigung, Fräulein Polßen, Oberlehrerin in Volkow, Kaisergraben Nr. 3, ist am 24. März gestorben. Sie gehörte zu den rund 40 Frauen, die neben mehr als 8000 Männern von den Polen in einer in Szycypionoten interniert wurden, nur weil sie Deutsche waren. Etwas ihrer An denken die Fräulein Anna Polßen die Begründung der Szycypionoten-Vereinigung interniert begründet hat, geht daraus hervor, daß sie selbst ihren Beitrag bis Ende 1932 bezahlte und ihm noch eine Sonderzahlung von 10.000 beifügte. Der Ausschuß der Szycypionoten-Vereinigung hat diese Spende mitunterstützung zur Unterstützung eines Szycypionoten, der, obwohl ohnehin in Not lebend, das Unglück hatte, daß ihm seine unverfälschte Schwäne mit Getreide und Juncus abbrannte.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Nord hielt am 7. April 1. Kreisvereinsbesuch ihre Plenarsitzung ab. Der Vorsitzende, Lokomotivführer Franz Schulz, erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an

das am 20. März 1930 festgestellte Abstammungsergebnis in Oberhofen. Es folgte die Aufnahme neuer Mitglieder und die Vorführung des Propagandafilms: „Ein Gang durch die Maggi-Guts- und die Maggi-Werke in Singen am Hohentwiel“, sowie die Verteilung von Rollenproben verstorbenen Art. Darauf empfahl der Vorsitzende den Beitritt zu Ostbund-Sterbekoffen, erläuterte Eintrittsbedingungen und Prämiensätze. Es wurde über den Verlauf der letzten Bundestagung und des Verdängtenkongresses berichtet und die Schaffung von Werbebezirken innerhalb der Ortsgruppe beschlossen. Die Jugendgruppe beteiligt sich an der Ostbund-Sternfahrt des Landesverbandes Berlin-Brandenburg vom 18. bis 21. April 1930. — Kaufverhandlungen für Beschaffungsmöbel, Wälder und Hausatut sind beim Vorsitzenden anhängig.

Die Ortsgruppe Berlin-Süd hielt ihre planmäßige Monatsversammlung im Deutschen Wirtshaus, Reuköln, Bärstraße 137, ab. Sie war recht gut besucht. Herr Blume eröffnete sie mit einer herzlichen Begrüßung und teilte mit, daß der erste Schriftführer, Herr Rapp, und der frühere erste Vorsitzende, Herr Dolling, schwer erkrankt seien. Beiden wurden die herzlichsten Grüße der Versammlung ausgesprochen. Zwei Kandidaten wurden neu aufgenommen. — Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Art. Frieda Pogalla wurde durch Erlesen von den Söhnen der Ostbund-Sterbekoffen, des geschäftlichen Kells hielt Herr Oberlehrer Baehr einen Vortrag über: „Die Freie Stadt Pöng“, der die Fortsetzung des früheren Vortrages: „Der Korridor und seine Städte“ bildete. Auf diesmal verstand es Herr Baehr, die Versammlung durch seine Ausführungen zu fesseln. Es kann nur gewünscht werden, daß sich viele solcher Männer wie Herr Baehr finden möchten, die in unermüdbar Weise unsere alte Heimat hüten und unsere Kandidaten immer wieder die Stätten unserer Vorfahren lebendig vor Augen führen. Reiches Beifall wurde dem Redner gesollt. Von Herrn Blume wurde ihm mit herzlichen Worten gedankt und die Fortsetzung ausgesprochen, daß dies nicht sein letzter Vortrag in unserer Ortsgruppe sein werde. — Herr Wittchen sprach über Vorfahrungen, die jedes Bundesmitglied vorerstehen muß. Dasselbe wurde angeschlossen. — Verschiedene Anfragen wurden erledigt. Nächste Versammlung am 5. Mai, wahrscheinlich verbunden mit der Feier des Muttertages oder

Landesverband Ostmark.

Die Ortsgruppe Spiegel, die längere Zeit keine Versammlungen mehr abgehalten hat, ist, nachdem ein neuer Vorstand gewählt worden ist, zu neuem Leben erwacht. An den Vorstand wurden neu gewählt: Görtnerreißer Schreiber als Vorsitzender, Ehlertmeister Schmidt als Schriftführer und Vandemann Fritz Eskke als Kassierer.

Die Ortsgruppe Süßenwalde (Spre) beging am 4. Februar einen wohlwollenden Familienabend. Der Höhepunkt war die Übergabe der alten Heimatskarte des früheren großen Selangenerins „Volkshilfertsoll“ in Polen. Die Karte ist unter größter Mühe nach dem Raube Polens durch die Polen von Süchtlingen ins Vaterland gerettet worden. Nach vielen Ermüngen haben sich die nach Berlin verschickten alten Sänger entschlossen, ihr wertvolles Wahrzeichen der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes zu übergeben. Mit bewegten Worten gab der alte Sabentragende Lichter einen Rückblick, schilderte, wie oft er seine geliebte Sabine seinen Gesangsbrüdern bei Festen vorangetragen, wie er sie aber auch manch liebem Kameraden über das offene Grab gelenkt hat. Der Vortragende, Hilfslehrer Balkow, übernahm die Sätze mit dem Wunsch, daß dieses treue Wahrzeichen getreu der alten Tradition geführt werden soll. „Der Sabine zu Ehren“ der Ortsgruppe zum Segen, — der geräuschten Heimat zum Gedächtnis. — Er wünschte, daß

die Jahre bald wieder in der Heimat Vöten als deutliches Wehrzeichen flattern könne. Mit dem Heimatschutz, Frieder, reichte die Hand zum Bund" und der Wunsch seine Verwirklichung. Zum Spruch der Geschäftsführer des Landesverbandes, Roosenkranz, a. d. O., über Zeit und Freud der Ostmarken in der alten und neuen Heimat. Er sprach die Freude darüber aus, daß die Ortsgruppen wieder in sich gefestigt ständen. Er wünschte, daß sich recht bald alle Siedlungen in und um Jürkenlaube (über 500) wieder zum Heimatsverein zurückfinden mögen; denn jeder Ostmarkler (auch die Entlassenen) gehöre nun zur Erziehung der Ostmarkler Jungen notwendig dazu, ist noch ein kleiner Überschuß zu verzeichnen. Dem Vorstand und Kassierer wurde Entlohnung erteilt. An der Bestätigung des Vorstandes ist bei den Wahlen eine kleine Änderung eingetreten. Er leit sich jetzt wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Hugo Müller, Heilige-Grub-Strasse 78, 2. Vorsitzender Adolf Wiesner, Guldenbergstr. 26, 1. Schriftführer Karl Sellings, Schützenstr. 2, 2. Schriftführer Max Zeller, Einheitsstr. 2, Kassierer Albert Dill, Dresdener Platz 2, Kassierer Otto Schulz, Bismarckstr. 31. An die Erledigung des geschäftlichen Teiles schloß sich ein gemütliches Beisammeln an.

Ortsgruppe Silesig. Unser langjähriger Vorsitzender, Herr Ober-Justizsekretär i. R. Karl Haak, ist am 6. April im Alter von 64 Jahren gestorben. Die Ortsgruppe leidet bis auf weiteres der 2. Vorsitzende, Herr Steuerinspektor Vange, Vangelstraße.

Landesverband Niederhessen.

Die Ortsgruppe Görtlich hielt am 19. Februar ihr Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und die neu aufgenommenen Mitglieder. Hieraus erstattete der 1. Schriftführer den Jahresbericht und der 1. Kassierer den Kassenbericht. Erob der beiden Ausgaben die zur Erziehung der Ostmarkler Jungen notwendig waren, ist noch ein kleiner Überschuß zu verzeichnen. Dem Vorstand und Kassierer wurde Entlohnung erteilt. An der Bestätigung des Vorstandes ist bei den Wahlen eine kleine Änderung eingetreten. Er leit sich jetzt wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Hugo Müller, Heilige-Grub-Strasse 78, 2. Vorsitzender Adolf Wiesner, Guldenbergstr. 26, 1. Schriftführer Karl Sellings, Schützenstr. 2, 2. Schriftführer Max Zeller, Einheitsstr. 2, Kassierer Albert Dill, Dresdener Platz 2, Kassierer Otto Schulz, Bismarckstr. 31. An die Erledigung des geschäftlichen Teiles schloß sich ein gemütliches Beisammeln an.

Ortsgruppe Hirschberg. Herr Oberzuckerinspektor Jüchsdorf hat aus gesundheitlichen und dienstlichen Gründen den Vorsth der Ortsgruppe niedergelagt. Nachfolger ist Herr Steuerinspektor Vange-Hirschberg.

Landesverband Vorpommern.

Die Ortsgruppe Sminemünde veranstaltete Sonnabend den 22. Februar ihr Winterzweigen, das starken Besuch aufzuweisen hatte. Unter den vielen anwesenden Gästen und Mitgliedern mit ihren Damen und der Jugend lag mehr als gewöhnlich die Besichtigung und Veranlagung. Nach einem Vorprkup von Srl. W. H. folgte Vortrag, sprach der Vorsitzende, Dr. J. Rosenfels, über die Bedeutung des Ostbundes, der gerade in dieser Zeit eine große nationale Aufgabe zu erfüllen habe, die darin besteht, die Aufmerkbarkeit der Öffentlichkeit auf die Gefahren zu lenken, welche dem Osten Deutschlands mehr als je durch die polnischen Machtgeheiß drohen. Der Vortragende gab dann seinen kurzen persönlichen Bericht über die Bedeutung im deutschen Osten und schloß seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Devise: „Was deutsch war, muß wieder deutsch werden!“ Eine besondere Freude wurde der Jungschlar zutal, der ein Wimpel, gestiftet von Freunden des Bundes, überreicht wurde. Es schlossen sich Kanzenkonzerten an, welche von Sri. Drenkhan mit vielen Verbindnis und Stieh eingeleitet waren. Eine gute Leistung war ein Solosatz des Sri. Drenkhan, während Sri. Wolf durch Fieder von Hugo Wolf und Bach erfreute. Nach kurzer Pause wurde ein laufiges Stück „Das Piesegemütle“ gegeben, das von der Jungschlar geleitet, recht flott über die Bühne ging und zeigte, daß manches Caland vorhanden ist. Frühlicher Tanz desloß das barmonisch verlaufene Fest.

Landesverband Ostpreußen.

Ortsgruppe Deutsch-Egeln. In der Versammlung vom 17. 2. erstattete der Vorsitzende Vannoch, Silberstraße 16, den Jahresbericht. Nach Erstattung des Kassenberichts und Erteilung der Entlohnung wurde in die Wahlen eingetreten. Bewählt wurde als erster Vorsitzender Vannoch, zweiter Vorsitzender H. Kelle, Geschäftsführer Patz, erster Schriftführer Hempel, zweiter Schriftführer Frau Wittmann, erster Kassierer W. Rebel, zweiter Kassierer Sri. Ledtke, Weißer Schent, Eugen Krappa und Weichert-Reudorf sowie Apothekenbesitzer Notholt. Geschäftsführer Patz machte sodann noch längere Ausführungen über das Polenabkommen und die Entschädigungsfrage.

Die Kreisgruppe Siblehagen veranstaltete am 9. Februar eine Gedenkfeier anlaßlich des Verfalls des deutschen Ostmarkbundes vor zehn Jahren, an der auch viele Kreuze der Bevölkerung teilnahmen. Dem Landesverband Ostpreußen des Deutschen Ostbundes in Königsberg waren der Landesverbandvorsitzende, Dr. Kuprecht, und die Herren Dreiß und Klein vertreten. Der Vorsitzende, Rittmeister a. D. Maier-Goffken, wies auf die Bedeutung des Deutschen Ostbundes hin. Der Abend stand im Gedenden und Erinnern an die widersinnlich geraubte Heimat. Der Männergesangsverein und der Kirchengesangsverein von Siblehagen wirkten mit. Frau Margarete Schulz (Kassierbegleitung Frau Ella Worbe) trug viele Fieder vor. Studentat Gustav Jungerburg, gedachte in seinem Vortrag der Rotzeit vor zehn Jahren. Die deutschen Ostlande müssen wieder ungeteilt zum an-

gestammten Mutterland zurückkommen. Durch das Wiedererlebte Dankgebete, wasgetragen vom Siblehagenverein, fand die sehr eindrucksvolle Kundgebung einen würdigen Abschluß. Der Kundgebung voraus ging die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe. Drei festungsgemäß aussehende Vorstandsmitglieder (Maier, Schulz und Samel) wurden wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden der Siebler Hoffmann, Staporinen, und Gutsbeifer Baumeliter, Sorganau, als Beisitzer. Herr Dr. Kuprecht, Königsberg i. Pr. hielt einen Vortrag über den ausgedehnten Saub der Entschädigungsfrage. Ausdehnende über die Entschädigung auf Grund des Polenabkommens. Beträgen über die Kulturarbeit des Deutschen Ostbundes in Ostpreußen bildeten den Abschluß der Verhandlungen.

Die Ortsgruppe Sittich hielt am 22. Februar ihre Hauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Polizeimajor K. Bel, Lindenberg 24a, gedachte der im Vereinsjahr verstorbenen Mitglieder. Nach Bekanntgabe der Kundtschreiben erstattete der 1. Vorsitzende den Bericht über die Allenheim Hauptversammlung des Landesverbandes Ostpreußen, wo auch über das Sitticher Heimatsfest Bescheid gefaßt wurde. Alsdann gab Herr Stadtkellner Sitticher den Geschäftsbericht. Gemüßliche Anzeichen sprachen für eine Festigung der Ortsgruppe. Der Schatzmeister Stadtbauinspektor K. Heiler, gab den Kassenbericht. Die Versammlung erteilte dem Gesamtvorstand Entlohnung. Weiter genehmigte die Versammlung die vom Vorstand beschlossene Satzungänderung über die Mitgliedsverfassung und Abhaltung von Klubabenden. Der befreundete Schlesierverein wird dazu eingeladen werden. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Das Arbeitsprogramm für das Jahr 1933 wurde festgelegt.

Landesverband Westfalen.

Die Ortsgruppe Waane-Ginkel veranstaltete am 1. März einen ostmarkischen Volksfestabend. Der Saal war überfüllt mit Leuten und Abtunnen sorgte um allen Dingen das vorzügliche Blasorchester und die Jemrg-Wirtel-Orgel unter Leitung. Die originellsten und schönsten Masken wurden präsentiert. Einu Ehrenpreis erhielt der letzte Obel im Saal, als der Morgen graute. Der Deutsche Ostbund hat wieder im im Vorjahre bewiesen, daß er schöne Feste feiern kann. In diesem Fest nahmen der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Westfalen, Lehrer M. K. H. K. K. K., sowie Mitglieder der Radfahrortsguppen Habisgorb, Datteln, Berna, Wochum und Wattencheid teil.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Die Ortsgruppe Duisburg hielt am 19. Januar ihre Jahreshauptversammlung ab. Herr Rektor Paschke gedachte der zehnjährigen Welterbennungsfeier der Ostmarkler, an diese Kellner, der Vorsitzende, wurde besonderer Gedacht, die für die Heimat gefallen sind. Der Andenken wurde durch Erheben von den Plänen geseht. Bei der Vorstandswahl wurden die Herren Rektor Paschke, 1. Vorsitzender, K. K. K., 2. Vorsitzender, K. K. K., 1. Schriftführer, Handtke, 1. Kassierer, Sauer, 2. Kassierer, Glom und Kollfeld als Beisitzer, Otto und Wagner als Kassenprüfer, 2. Kassierer als Sachverständiger wiedergewählt.

Die Ortsgruppe Slabbeek veranstaltete am 25. Februar ihre Jahreshauptversammlung verbunden mit einem nobelgelungenen „Ostmarkischen Abend“. Vandemann Krenz erstattete als Kassenprüfer Bericht über die gegenwärtige Finanzlage des Vereins, die sich gegenüber dem Vorjahre wesentlich gebessert hat. Dem Jahresbericht entnehmen wir folgendes: Die Ortsgruppe (87 Mitglieder) nahm am 5. Mai am Muttertag teil, unternehm am 9. Juli einen Ausflug nach Jemelke, am 8. September einen solchen nach Wilkette, veranstaltete am 27. Oktober im Rahmen der Winterzweigen ein sehr gelungenes Lokal- und Landestandfest, eine großartige Kundgebung in Slabbeek, am 22. Dezember ein Weihnachtsfest mit Kirbenschauung und am 26. Januar 1933 ein Kappensfest. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vor. Gustav Primas, 2. Vor. Guntich, 1. Schrift. Srih Xunge, 2. Schrift. Sinke, 1. Koll. Hoffmann, 2. Koll. Kunkel, 1. Kulturprüfer Seiffert und Hämel. Beisitzer: Martin, Fenzler, Silbernagel, Siedel, Vertrauensleute: Hecht, Wihl, Krenz, Schärer, Max Xunge, Sachverständiger: Srih-schläger, Karl Kraule, Karl Hoffmann. Der „Ostmarkische Abend“ wurde durch einen stimmungsvollen Vortrag von Sri. Siedemann eröffnet. Vandemann Primas sprach über die Aufgaben des Ostbundes. Dann trat die unter der unwilligen Leitung von Lehrer Siedemann sich gut entwickelnde Jugendabteilung der Ortsgruppe auf den Plan: Sprecher, hübsche Gesang- und Viedervorträge. Gemüßliche Gesänge, humoristische Vorträge, Komik und Tanz beschloßen die überaus barmonische Veranstaltung.

Ortsgruppe Wuppertal und Umgebung. In der Generalversammlung wurde der bisherige 1. Vorsitzende Barkenfeld einstimmig wiedergewählt, zum 2. Vorsitzenden Herr Kierke, als 1. Schriftführer Herr Bergmann, zum 2. Schriftführer Frau Hirsch, 1. Kassierer Herr Lehmann, 2. Kassierer Herr Sauer. Frau Hirsch und Herr Lehmann erhielten für treue Dienste Ehrenurkunden. An einem Vortrag wurde die steigende Tendenz der Arbeitslosigkeit erörtert und deren Ursachen erläutert. Der am 10.000.000 Reichsmarketer geschätzte deutsche Vied, der Verlust unserer norddeutschen Kolonien, des im Auslande angelegten Kapitals, trotz all dieser Verluste die ungeheuren Ertragsleistungen, drücken unsere Lebensstandard immer mehr hoch. Die Werbungen haben darunter am schwersten zu leiden. Kolle-

fiezierungsabteilungen tauchen auf. Unsere beschränkte Ernährungshilfe dürfte Veruche dieser Art nicht gestatten. Wir haben als Grenz der Pflicht, auf solche Gefahren hinzuweisen. Die Kapital- und Geldknappheit im deutschen Osten drängt zur Extensivität. Nach dem Abkommen mit Polen tritt Polen als gefährlicher Konkurrent auf den Markt. Im verflochtenen Jahre sind im Osten 2400 Grundstücke kleiner und großer Betriebe mit etwa 200 000 Morgen unter den Hammer gekommen. Eine intensive Intensivkultivierung wäre zu erreichen, aber gerade in diesem Jahre sind unter Besaggenen den arbeitslosen Zustand über den, wenn ihnen dazu die Möglichkeit eröffnet wurde. Als ein bedenklicher Mangel an Volksgemeinschaftsgefühl muß gekennzeichnet werden, daß nicht wenig Geschäfte hierorts — eine erfreuliche Ausnahme machen die Konsumvereine — neue Kartoffeln aus dem Ausland zu 'Phantasiopreisen' selbstbieten, während die deutsche Landwirtschaft ihre gute Kartoffel zu Schleuderpreisen anbietet.

Ostmärkische Heimatnachrichten.

Personliches.

Supervisentenstärke 4.

Am 1. April verstarb der Schneidemühlener Superintendent Friedrich Starke. Er wurde am 19. Juli 1867 in Beble bei Schönlanke in der heutigen Grenzmark Polen-Westpreußen geboren, mo sein Vater Pfarrer und Superintendent war. Durch die bairische Volksschule und Privatunterricht im Elternhause vorbereitet, besug er 1878 die Latina der Städtischen Schulen in Halle a. S., wo er 1887 das Reifezeugnis erwarb. Er studierte in Göttingen, Erlangen und Halle a. S. Theologie, erhielt seine praktische Ausbildung in Magdeburg, Hannover und dem Beobachtungsanstalten zu Bethel bei Bielefeld, mo Hauslehrer beim Grafen Schwerin in Meran und wurde schließlich 1895 durch Generalinsuperintendent Hejckel in Posen ordiniert. Noch in demselben Jahre kam er nach Schneidemühl in die Stadt, der er bis zum Ende treu geblieben ist. Hier ist er bis 1903 Hilfsprediger, dann 1904 ein Pastor und von 1905 bis 1920 Militärseelsorger der Garnison gewesen. 1924 wurde ihm das Amt des Superintendenten des Schneidemühlener Kirchenkreises übertragen. Er hat sich auf fast allen Gebieten des kirchlichen Vereinswesens in freudiger Pflichterfüllung betätigt. Alle kirchlichen und karitativen Einrichtungen seines Amtsbezirks haben seiner Hilfe vieles zu danken. Die Gemeinde, die behördenlos und kirchenlos existieren, haben dem Seelsorger und Menschen am Grabe gedankt. Wenige Tage vor dem Tode des Pastors hatte der Sohn des Superintendenten Starke sein erstes theologisches Examen bestanden.

Reichsgerichtsrät i. R. Conrad t.

Zu der schon in der letzten Nummer gebrachten Todesnachricht von dem Ableben des Reichsgerichtsrät i. R. Ernst Otto Conrad wird uns von befreundeter Seite noch geschrieben: Der Verstorbenen war ein Sohn des früheren Lebensbeamten G. Conrad in Posen, der später verorteter Sekretär des Grafen Eduard Rostkoffski war. Er hat in Band 1 der 'Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen' seine Erinnerungen an den Grafen Rostkoffski, den Stifter der nach ihm bekannten Bibliothek und der ersten Künsterleitung mit dem künstlerischen Brannen in der Wilhelmstraße in Posen veröffentlicht. Nach dem Tode des Grafen wurde Conrad Gerichtskassen-Kontrollleur in Posen. Seine Gattin, die Mutter des Verstorbenen, war viele Jahre Angestellte auf dem o. Puttkammer'schen Gute bei den Schmirgerleuten des Fürsten Bischoff, der auch noch Reichskammerherr der Kaiserin Elisabeth in der Samokowitz aufrecht erhielt. Ernst Otto Conrad lebte, der das Polener Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Ostern 1876 mit dem Reifezeugnis verließ, hat viele Jahre als Erster Staatsanwalt in Posen gewirkt, bis er als Reichsgerichtsrät nach Leipzig berufen wurde. Der alte polener Heimatort der Verstorbenen eng verknüpft und hat die auch in der Fremde stets treue Anhänglichkeit bewahrt. Er war darin eines seiner Gattin, die 'Zeitschrift der Historischen Gesellschaft' ist, und die durch ihre polener Erinnerungen, die sie in unserer 'Beilage „Ostland-Kultur“' vom 28. o. M. veröffentlicht, sowie durch die Erinnerungen an den verstorbenen polener Schulmann Polem in Nr. 54 des Jahrganges 1926 unseres „Ostlands“ gezeigt hat, wie sehr sie mit ihrer Vaterstadt Posen sich auch heute noch inniglich verbunden fühlt. Der Bruder des Verstorbenen, Prof. Dr. Gotthold Conrad, war bis zu seinem im vorigen Jahre im 10. Jahre im gleichem Amte, auf dem Gymnasium in Straußburg. Er hat sein Vikariat zugleich mit seinem Schwager, dem inzwischen auch verstorbenen Marine-Oberleutnant Dr. Juno Döppner, Ostern 1879 am Polener Friedrich-Wilhelm-Gymnasium bestanden.

Regierungspräsident a. D. Krufe t.

Am 26. Godesberg ist am 14. April im Alter von fast 76 Jahren Dr. Francis Krufe t. gestorben, der von 1907 bis 1909 als Regierungspräsident in Breslau tätig war, im Jahre 1910 aber in gleicher Eigenschaft in Düsseldorf wirkte. In Bromberg hinterließ er die große Bücherei seines Vaters, des Dichters Heinrich Krufe, der Stadtbibliothek, mit der sie sich heute leider in polnischen Besitz befindet.

Baumweller Karl Rofe t.

Am 28. März ist in Dresden, Reichenbachstr. 77, ein alter, in vielen Kreisen gefeierter Bromberger, der Baumweller und Stadtrat a. D.

Karl Rofe, im 66. Lebensjahr durch einen lauten Tod von jahrelangen Leiden erlitten worden. Der Verstorbenen hatte sein Bromberger Baugesellschaft (Danziger Str. 29) aus kleinen Anfängen zu einem großen Unternehmen gemacht, mit dem er nach dem Untergang nach Berlin, Bülowstr. 71, überlebte, wo die Firma als Tief- und Betonbau G. m. b. H. betrieben wurde. Als Stadtorbener und Stadtrat hat er sich jahrelang ehrenamtlich in dem Dienst des Gemeinwohls gestellt und sich weitgehende Verdienste erworben.

Stadtrat Glig 60 Jahre alt.

Am 25. April feiert der Geschäftsführer des Hilfsbundes der Elbaf-Cochtringer im Reich, Hr. Stadtrat D. Glig, seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß sprechen auch wir dem um die Sache der Verdrängten sehr verdienten Manne die warmen Glück- und Segenswünsche aus. Seit der Gründung des Deutschen Ostbundes hat dieser Schüler an Schulter mit dem Hilfsbund für die Elbaf-Cochtringer gekämpft, sowohl in der Flüchtlingsfürsorge wie in der Entschädigungsfrage, ferner in den Angelegenheiten der Steuerorganisationsfrage für Verdrängte, in der Frage der Abgabe von Befreiungsschulden an Verdrängte usw. Durch die deutschen Grenzschutzverbände, im Deutschen Schutzbund und in der Arbeitsgemeinschaft der Geschädigtenverbände haben der Deutsche Ostbund und der Hilfsbund für die Elbaf-Cochtringer seit 11 Jahren treu zusammengearbeitet und wenn auch nicht alles, so doch vieles für die von ihnen betreuten Verdrängten erreicht. In der letzterwähnten Arbeitsgemeinschaft übernahm Herr Stadtrat Glig, nachdem die überfüllte andere Arbeiterschaft unter Leitung des Geschäftsführers, Herrn Gehring, übernommen hatte, von der ersten Jahrgang in innigster Leitung zu übernehmen, den Vorzug, angelehnt hat er in den letzten Jahren die großen Kundgebungen der Arbeitsgemeinschaft in der Entschädigungsfrage und auch den letzten Verdrängten-Kongress geleitet, und so ist er auch den Mitgliedern des Ostbundes, denen er oft in seiner biederen und temperamentoellen effizienten Art aus dem Herzen gesprochen hat, eine vertraute und geschätzte Gestalt geworden. Er hat sich immer wieder bis über das Maß seiner Kräfte hinaus für die Schlichtung der entschädigungsberechtigten Verdrängten und Liquidationsgeschädigten eingesetzt. Dafür danken wir ihm an seinem 60. Geburtstag von Herzen. Wir verknüpfen mit diesem Dank den Wunsch, daß es ihm vergönnt sein möge, noch recht lange in voller Tätigkeit die Interessen der Elbaf-Cochtringer zusammen mit den geschätzten anderen Führern ihres Hilfsbundes zu vertreten und sich auch der Gesamtangelegenheiten der Verdrängten Liquidationsgeschädigten in der bisherigen Weise tatkräftig anzunehmen. Sein Name werde in der Zeit eines großen Kampfes für die Wiederaufbauarbeit der Vertriebenen alle Zeit einen hohen Klang behalten.

Der neue oberste Landeshauptmann.

Au Stelle des verstorbenen Landeshauptmanns Dötsch hat der Oberpräsident Preussens am 13. April auf Vorschlag des Abg. Dr. Prälten Hliska den Gleimitzer Reichstagsm. Wolchek auf 12 Jahre zum Landeshauptmann der Provinz Oberpreußen gewählt. Gegen Wolchek stimmten die Polen und Kommunisten, die Abg. Jadaß vorgeschlagen hatten, sowie die Deutschnationalen mit der Begründung, daß für diesen Posten nur ein Vermaltungsbeamter mit langjähriger Erfahrung in Frage kommen könne. Für Wolchek wurden 35, für Jadaß 4 für Oberregierungsrat Graf Matelski 2 Stimmen abgegeben. 13 Partei waren unbeschrieben. Der neue Landeshauptmann ist am 11. März 1888 in Radlup, Kr. Großbottlich (OS.), geboren; seit 1918 ist er Reichsanwalt.

General der Infanterie von Liebert beging am 16. d. M. seinen 80. Geburtstag.

Verlobt: Fr. Charlotte Aufhäuser in Posen mit dem Marineoberleutnant a. D. Dr. med. Hans Felscher in Leipzig; Fr. Hedwig Küntzer, Tochter des Rittergutsbesizers Paul K. in Soboniano, Kr. Pleschen, mit Herrn Dr. jur. Hermann Heber, Diakonikus im Auswärtigen Amt, Charlottenburg, Schillerstr. 14.

Silbernes Hochzeit: Generalmajor Karl Jupp und Frau Emilia, geb. Velsen, Kr. Zimmernwald, fr. Weichenböbe, Kr. Wirsitz, am 2. J.; Werkmeister Oskar Fitzhelfin und Frau Margarete, geb. Wallmeier, in Oranienburg fr. Berlin, Ebnichstr. 21, fr. Luban bei Posen, am 24. J.

Verlobte Ostmärker: Witwe Johanna Bach, geb. Heinrich, in Niederbierke, k. Königswalden, Remmühlener Str. 76, fr. Klodan b. Witkowo, am 16. 4. 81 J.; Frau Wuch lebt jetzt bei ihrem Sohne Adolph Bach, welcher Verlobter der Ortsorgane Berlin-Neukölln ist; Frau Maria Baunert in Neu-Weichen, fr. anlässlich gewesen bis zur Verdrängung in Posen-Wilde und Witwe des verstorbenen Eisenbahntechnikers Heinrich Wenzel dortselbst, am 30. 4. 82 J.; Lehrer Datschke, Kassenführer der Ortsgruppe Prenzlau, fr. Wojanowo, am 8. 4. 70 J.; Frau Maria Baumann in Pukenwalde, fr. Wallstein, am 19. 2. 75 J.; Amtsgerichtsrät a. D. Georg Conrad (geb. Pallenheim, Kr. Oberbittlich, früher Amtsrichter in Mühlhausen, Bezirksamt des Oberpreussischen Schutzvereins) und des Oberbittlichen Heimatmuseums in Mühlhausen, Pr. v. Holland, am 18. 4. 70 J.; Gorforsen: Paul Paake in Pukenwalde, fr. Waldheim bei Bronke, am 27. 3. 58 J.; Kentier S. Drexel in Bromberg am 10. 4.; Ernst von Selle, fürstlich Pleßischer Baubedirektor, Bad Salzbrunn, am 12. 4., 48 J.; Fr. Clara Reffel, Lehrerin i. R., in



Haus Ostland

Lehrgänge für Anstieher- und Bauernschüler
in Wetzchau bei Cottbus am Spreewald.

Wir beginnen am 15. Mai 1930 einen
Lehrgang von 8 Wochen Dauer in

Gartenbau, Kleintier- und Geflügelzucht sowie Obst- und Gemüserverwertung.

Der Unterricht erfolgt durch geprüfte Lehrkräfte.

Preis für Unterkunft, Verpflegung und Kursgebühren 55,— **RM**,
je Monat, zahlbar in 2 Raten, bei Beginn des Lehrgangs und
am 15. Juni. Mit dieser Neueinrichtung kommen wir mehrfach
an uns gerichteten Wünschen entgegen und erbitten baldigst
Anmeldungen an das

Frauenreferat des Deutschen Ostbundes,
Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 43/41.

Spar- u. Darlehnskasse Deutscher Ostbund Stettin e.G.m.b.H.

Bilanz am 31. Dezember 1929.

| Aktiva: | RM. | Passiva: | RM. |
|-----------------------|----------|-------------------------|-----------|
| Kassenbestand | 288,58 | Geschäftsguthaben | |
| Bankguthaben | 5 000,— | a) verb. Mitglieder | 5 500,— |
| Polizeiguthaben | 5,— | b) ausgeh. | 700,— |
| Zinsen (3m voraus be- | | Rezerfonds | 1 644,05 |
| rechnete Wechseln) | 40,80 | Betriebsrücklage | 1 131,84 |
| Laufende Rechnung | 2 352,49 | Spareinlagen | 15 045,92 |
| Wechsel | 22 385,— | Laufende Rechnung | 3 577,57 |
| Geschäftsguthaben | 2 060,— | Wechsel | 3 200,— |
| Darlehenskonten | 644,73 | Bankschuld | 1 138,— |
| | | Zinsen (3m voraus be- | |
| Summe: 32 696,40 | | rechnete Wechselzinsen) | 263,78 |
| | | Gewinn | 495,24 |
| | | Summe: 32 696,40 | |

Am Geschäftsjahre 1929 sind 28 Mitglieder eingetreten und 11 Mitglieder
ausgetreten. Mitgliederstand am 31. Dezember 1929 77. Die Ge-
schäftsguthaben der Mitglieder haben sich im Laufe des Geschäftsjahres
um 1700 Mark vermehrt, die Haftsumme hat sich um 7000 Mark ver-
mehrt. Die Gesamtsumme aller Mitglieder betrug am Jahres-
schluß 22 600 Mark. Der Gesamtumsatz beträgt 708 011,98 Mark
Stettin, den 10. April 1930.

J. M. Otto Schmidt. Karl Müller

Umstände halber ver-
kaufe ich meine sichere
Erlöse
Motorbootbetrieb
u. Autofahrtgeschäft
mit reichlicher Kund-
schaft, 4-Zimmer-Wohnung,
wird frei. Einlagen an
Heserumünde,
Schiffstraße 40.

Restaurant Landhaus

fidere Erlöse, circa
1000 Mark Tagesfalle,
taugliches, trankheits-
halber verträglich.

2 Morgen Acker, am
Walde gelegen, 1/2 Stb.
vom Bahnhof, Haupt-
straße, an Geldstellen-
tanzen sofort verkauft.
Wohnung 4825 an
das Dilland.



Ostmärker's Ostern in Haus Ostland in Wetzchau am Spreewald

Eröffnung am Ostersonnabend

Schönster wendlicher Kirchgang. — Zu Wochenend-
fahrten für Jung und Alt herrlich geeignet. —
Tagespreis 3,00—3,75 **RM**, einschließlich Verpflegung.
Anmeldungen an die Heimleitung baldigst erbeten.

Bilanz per 31. Dezember 1929

| Vermögen | Verbindlichkeiten |
|------------------------------|----------------------------------|
| Kasse | Geschäftsguthaben |
| Bankguthaben | Baubarthen |
| Polizeiguthaben | Gläubiger |
| Grundstücke und Ge- bäude | Sparothelenguthaben |
| Schuldner | Rezerfonds I |
| Inventory | Rezerfonds II |
| Übergangs-Konto | Sparfonds |
| | Zinsen (noch nicht abgehoben) |
| | Rüftstellungen |
| | Übergangs-Konto |
| | Reineinnahmen |
| 3 870 235,59 | 3 870 235,59 |

Gewinn- und Verlusrechnung

| Allgemeine Infallen | Gewinnortrag |
|---------------------|---------------|
| Mehrreibungen auf | aus 1928 |
| Gebäude | überführt aus |
| Mehrreibungen auf | Mieten |
| Inventory | Verchiedene |
| 1% der Mieten an | Einnahmen |
| Stiftl. d. Sägung | Einnahmen aus |
| Reineinnahmen | Zinsen |
| 49 795,47 | 49 795,47 |

Die Zahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1928 285
Neueingetretene sind im Jahre 1929 71

Ausgetretene sind im Jahre 1929 396
durch Kündigung 13, durch Übertragung 7, durch Tod 2 22
Demnach stand am 31. Dezember 1929 334
mit 325 Anteilen und **RM** 67 000,— Haftsumme.
Die tatsächlich eingezahlte Geschäftsguthaben hat sich um **RM** 11 203,—,
die Haftsumme um **RM** 9 800,— erhöht.

Baugenossenschaft Vertriebener Ostdeutscher e.G.m.b.H.
Schmid Sommerfeld Schmid

Preuß. Süddeutsche Klassen - Lotterie

Ziehung 1. Kl. 25. u. 26. April 39.

Hauptgewinne:

- 4 mal **500 000**
- 2 mal **300 000**
- 2 mal **200 000**
- 10 mal **100 000**

Kein Anschlag!
Alte Preise!

1/6 1/3 1/2 2/3 1 Doppellos
3 6 12 24 48 **RM** p. Klasse
15 30 60 120 240 i. a. Klasse.

empfeilt

Dr. jur. Alfred Dötschke, Staatl. Lotterien-Einnehmer
Berlin, Geißlerstraße 9
im Postamt W 30, Schaller 9,
Postcheck-Konto Berlin 35222.
(Früher Ostrowo.)

Garten- und Geschäftsgrund- stück

in Provingstadt, 37 km
von Stettin, in Behn-
hofsstraße munderlich
gelegene, aus 9 Zim-
mer und Zubehör, mit
Übernahme 4 Zimmer
frei, anstieff. 2 1/2 **RM**.
Obstgarten (ca. 90 **Qd**.
Obstbäume) u. 1 1/2 **Qd**.
breitschnitt. Weide, alles
umgürtet, dazu 11 **Qd**.
Weizenboden, u. 5 **Qd**.
Weiden, verpachtet ist
1 Laden mit 2 Zimmer-
Wohnung, 1 Werkstatt
mit 3 Zimmer-Wohnung,
1 Werkstatt, 11 **Qd**.
Rand, 5 **Qd**. Weide u.
Scheune, für 2340 **RM**.
Miete, Preisforderung
26000 **RM**, Anzahlung
6000 **RM**.
Berath.
Stettin, Schallestraße 31

Geschäfts- grundstück

(Lebensmittel), ältestes
am Platz, moll. Geb.,
alles in bester Ordnung.
Obstgart., viele Räume
frei, auch passend für
Schlachtereie, da nur
eine im Ort, 2000 Ein-
wohner, Preis 17 500
RM, verkaufe sofort
wegen Umzugs. An-
fragen an

H. Winderlich,
Steinfinken im Spreewald, Chaujeestr. 48.

Hausgrundstück

in Kreisstadt, in welchem
lange Jahre ein Pro-
bucingenschaftlich betriebene
wurde, zu verkaufen.
Eignet sich auch für jed.
andere Geschäft, da
großer Hof und Keller-
räume vorhanden sind.
Preis 15 000 **RM**. An-
zahlung nach Überein-
kunft.
Bernhard Wartens,
Lidermünde.

Grundstück

Berlin-Friedrichshofe,
Hauptstraße gelegen,
3 Böden front, gut
verinsichert, erdteilungs-
halber zu verkaufen, ob.
Hypothek
von 15 000 **RM** gefordert
Angebot unter 4871
an das Dilland.

Verwertung von Entschädigungs- u. Schuldbuchforderungen

Beratung, Vorschüsse, Beleihung

Anlauf zu nächsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G. m. b. H.

Dr. Polke, Bürgermeister a. D. Müller

jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B II

Tel. B 1. Karlstr. 2775.

Pr. Klass.-Lotterie Lose 1. Kl.

Lüthich

Städtl. Lotterie-Einnahme
Stettin, Augustastr. 8
(früher Hohensatza.)

400 Drucksachen

(Briefbogen, Rechnung,
Quittungen, Kuperts mit
Stirma) 4 Mk. Radu.

Steindruckerei,
Bernau bei Berlin.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung

Reparaturen
sofort
Eig. Werkstatte
im Hause

Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost



Wir helfen Ihnen
zum Eigenheim,
zur Entschuldung
Ihres Grundbesitzes!

Deutsche Bausparkasse

Niedrige Sparzinsen, höchste Bau- u. Anlagenerträge,
Bausparen, Lebensversicherung ohne Kapitalbindung,
Beliehungen bei feststehendem Zinssatz A. S.

Deutsche Bausparkasse e. G. m. b. H.,
Berlin W 8, Unt. den Linden 16, Fernr.-Sam.-Nr. 1865.

Landesdirektion Ost, gültig für Ost-,
Westpreußen und Danzig; Bürgerm. I. H.
Straßer, Königsberg-Pr., Walterstr. 2, III.

Landwirtschaftsverkauf

I. Altmarkt gelegen, 228 Mg., 100 Mg. Weiden
u. Wiesen (eingefoppelt), 120 Mg. Rüben-
u. Weizenboden, 8 Mg. Holz, große
maßige Gebäude, kompl. Leb. und tot.
Inventar, Pr. 8 Mg. 450 Mk. inkl. Gebäude
und Inventar, 25,000—30,000 Mk. Anzahl.

II. Altmarkt gelegen, 55 Mg. Acker, Wiesen,
gute Gebäude, mit Leb. und tot. Inventar,
für 24,000 Mk. bei 7000—10,000 Mk. Anzahl.

O. Ludwig, Telephon 588,
Hotelbesitzer in Stendal.

Mitglieder!

Bedenkt Euch nach Möglichkeit Eurer
Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe

Diese Abteilung hilft den Mitgliedern
bei der Verwertung ihrer Schuldbuch-
forderungen und bei allen damit zu-
sammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle
des Deutschen Ostbundes. Sie
vermittelt alle Versicherungen zu gün-
stigen Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steintp. 8031.

In Brandenburg, Schleien und Grenz-
markt Polen - Westpreußen
haben wir noch übriggeliefert.

Rentenwirtschäften

40-80 Mg. frei. Außerd. können bereits jetzt
Vor anmel dungen
auf zahlr. weitere Siedlerstellen, welche am
1. Juli 1930 mit Ernte und Inventar über-
gabefert. sind, entgegengenommen werden.

Auskunft kostenlos durch
Deutsche Ansiedlungsbank
Berlin - Galenke,
Geseiner Straße 30.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Wertpa-
piere, Grundstücke in
Polen kauft für das
Hypotheken- und
Handelshaus
Edmund Suwalki,
Bydgoszcz (Polen)

Emil Vollenberg,
Wn.-Charlottenburg,
Nömmenstraße 46.
Tel. Bismard 4693.

5-t-Mühle Industriest. Markt, modern ein-
gerichtet, zu verpachten oder
tätige Kapitalbeteiligung.
3-t-Mühle und Sägemehl, Krs. Woblan (Schl.),
am Bahnhof, zu verpachten oder zu verkaufen,
eod. wie vor.

Handhaus mit Stall und Zubehör, Landstreifen
für Viehhäckerlein oder sonstiges palend, am
Bahnhof gelegen, zu verpachten od. zu verkaufen,
Anfragen unter 4877 an das „Ostland“ erbeten.

Möbeltransporte



in Berlin und nach außerhalb
per Bahn und Automöbel-
wagen, Wohnungs-
stausch, Lagerung...

Sieglinzer Straße 91, Fernsprecher: Lütow 91 a, 6795

In einer Stadt Pom-
merns von über 16000
Einw. ist ein vorzügl.

Geschäftshaus

an einer belebtesten und
schönsten Hauptstraße
zu verkaufen. Passend
für Schlossiermeister und
Waffengeschäft, da nicht
am Ort vorhanden. Das
Geschäft kann auch mit-
übernommen werden.
Es eignet sich auch zu
jedem anderen Betrieb.
Ohne Geschäftsinventar
Preis 32,000 Mk., Ang.
20,000 Mk., Ang. unter
4827 an das Ostland erb.

Landwirtschaft

in gr. Dorf, Gärten-
und Hauptbahnstation,
164 Mg. einchl. 29 Mg.
Wiesen, 9 Mg. Koppel,
Rekt. & T. schlagbarer
Wald (Hartholz), Haus
massiv, 7 Zimmer, gr.
Stallfläche 1928 neu
erbaut, Inv. 3 Pferde,
11 Rinder, 14 Schweine,
viel Geflügel, totes Inv.
überkomplett, Hypothe-
ten nur Landhaft 7%
34,000 Mk., Anzahlung
15,000 Mk., sofort ver-
füglich. Parat.
Stettin, Schallehnstr. 31

Ostländer!

Unterstützt die Heimat!

Kauft Eure
Tafelbutter täglich
frisch, höchste Qualität,
billig in Polypaketen unter
Nachnahme von der
Dampfmolkerei Engellein,
Krs. Angerburg (Ostpr.).